

Argumente gegen Vorurteile****Flüchtlingswohnheim Kremen****Fremde
Länder-fremde Sitten****Gegen Abschiebung von Kurden****Kirchen als
öffentliche Stellen nach §76 Ausl.ges.????Interkulturelle Pädagogik****

1991 7

NAH & FERN



Ein Material- und Informationsdienst
für ökumenische Ausländerarbeit

Georgenkirchstr.70
O - 1017 BERLIN
Tel.438 32 26



adel karasholi

fragen eines ausländers

ich nicht wissen warum
deutschen mit mir so böß
ich leben einfach drum
macht mich alles nervös

sie wollten hierher ich kommen
ich muß bleiben hier
was haben ich weggenommen
was nicht gehören mir

ich haben vor deutschen volk
ein großes großes respekt
doch bei dieses großes volk
ist irgend was defekt

wer hat einen goethe geschafft
und menschen im kz vergasen
wer dicke mauer kapput gemacht
und waisen revolution vermaseln

mir die sache nicht egal
ich möchten auch hier leben doch
wie herr brecht sagen einmal
der schoß ist fruchtbar noch

deutsches volk ist groß
aber andere völker auch völker
furchtbar werden der schoß
wenn völker bleiben nur melker

warum immer nabel schauen
warum nur sich selber sehen
warum nicht welt zusammenbauen
warum jeder alleine gehen

(Syrischer Dichter, der seit Jahren in Leipzig lebt.)



I N H A L T

Genfer Flüchtlingskonvention.....	S.5
Dankbar, doch verwirrt.....	S.7
Flüchtlingswohnheim Kremmen.....	S.9
Fremde Länder, fremde Sitten.....	S.10
Europa der Zukunft.....	S.12
Viele KULTUREN - eine Zukunft.....	S.15
ARGUMENTE gegen Vorurteile.....	S.17
Gegen Abschiebung von Kurden in die Türkei.....	S.20
Polnische Arbeitnehmer.....	S.21
"Ein Bus wird kommen".....	S.22
"Wenn man seine Träume nicht verfolgt".....	S.24
Kirchen als öffentliche Stellen nach § 76 Ausl.ges. ?.....	S.26
"Nicht ohne meine Tochter".....	S.27
Interkulturelle Pädagogik.....	S.28
Regierungsabkommen aus der ehemaligen DDR.....	S.29
Filmdokumentation Schulprojekt.....	S.30
NACHRICHTEN, INITIATIVEN.....	S.31
Termine.....	S.34
Adressen.....	S.35

NAH & FERN: Hg.v.Berliner
Missionswerk (Referat
Ausländerseelsorge) früher
ÖMZ/BMG, O-1017
BERLIN,
Georgenkirchstraße 70, ☎
438 32 26, 438 32 20
V.i.S.d.P. Direktor Hans
Luther
Redaktion: Dagmar Henke,
Ingrid Gröbler, Christiane
Weißenhagen
Lay-Out: Matthias Arme
Druck: East-West Aesthetic
(Raabestraße Berlin)
Konto: 6681 - 39 - 107 BLZ
10010010 (Postgiroamt)

Liebe Freunde!

In "Nah und Fern" Nr. 6 haben wir einige wichtige Gedanken und Begriffe zum Thema "Asyl" dargestellt. Wir möchten diesmal praktische Anregungen und Überlegungen für Kirchengemeinden weitergeben, auf die wir in Gesprächen und in Arbeitshilfen gestoßen sind. Es könnten erste Schritte auf dem Weg sein, Mutmacher, um mit der Kontaktaufnahme zu beginnen und ein Stück weiter zu denken. Wir sind gespannt, was Sie damit anfangen können und freuen uns über Berichte und Erfahrungsaustausch.

WAS KÖNNEN GEMEINDEN TUN?

- Das Thema "Ausländer bei uns" zu einem Thema für viele Veranstaltungen machen: Gottesdienste, Gemeindegottesdienste, Gesprächsgruppen, Katechetik und Konfirmandenunterricht, Überlegungen im Gemeindegemeinderat u.ä. Dazu kann man sich jemanden einladen, der informiert, aber auch selber anhand von Zeitungsnachrichten, Informationen über "die Lage vor Ort" weitergeben. Welche ausländischen Arbeiter sind "noch da"? Welche Asylbewerber werden zu uns kommen? Sind Menschen anderer Religionen dabei? Was wissen wir darüber - wo sind Erfahrungen in der Nachbarschaft oder in unserer Patnergemeinde, die wir nutzen können?

Vielleicht macht sich ein Arbeitskreis die Mühe, nachzuschlagen und zu bedenken, was die Bibel über die Fremden, die Ausländer, sagt und stellt seine Überlegungen in einem geeigneten Rahmen vor.

- Kontakte suchen zu den in ihrem Bereich lebenden Ausländern, zu denen, die schon länger da sind (denn sie haben schon viele Erfahrungen mit uns, die uns nützen können) und zu denen, die gerade ankommen. Sie haben alle hilfreichen Kontakte in einer Großfamilie oftmals hinter sich lassen müssen und suchen nun Schwestern und Brüder, Bekannte, die zu Freunden werden. Wir können sie einladen, vielleicht mehrsprachig zum Gottesdienst, wir können sie aber auch einfach erstmal dort aufsuchen, wo sie gerade sind: in Kasernen, ehemaligen Ferien- oder Wohnheimen.

- Einzelschicksale kennenlernen. Jeder Flüchtling, jede Flüchtlingsfamilie hat ihr eigenes Schicksal. Sie sind sehr verschieden voneinander - aber allen ist nun mit einem Mal gleich, daß sie in einer Gemeinschaftsunterkunft untergebracht worden sind und auf Behördenbescheide warten. Woher kommen sie? Was erwarten sie von uns? Kann unser Angebot von Freundschaft sie ein wenig herausholen aus der Rolle der anonymen Bittsteller?

- Soziale Hilfen anbieten. Schon bei Besuchen in Gemeinschaftsunterkünften wird schnell klar: wie schwierig wird es für Menschen sein, sich hier über längere Zeit wohl zu fühlen. Da kann ein Heim noch so gut ausgestattet sein. Vielleicht kann sich eine Kirchengemeinde selber als Betreiber eines solchen Heimes engagieren und damit Maßstäbe setzen für andere. Zumindest sollte erwägt werden, ob nicht die Gemeinde für besonders betroffene Flüchtlinge (schwängere Frauen etwa) andere Räume zur Verfügung gestellt werden könnte.

- Zu den sozialen Hilfen, die wichtig sind, gehören auch die Begleitung zu Ämtern, Hilfe bei der Abfassung von Briefen, Suche nach Wohnung und (nach einem Jahr) nach Arbeit. Möglicherweise gibt es Arbeits- und Wohnmöglichkeiten in der eigenen Gemeinde.

- Mit Sach- und Geldspenden kann man mithelfen, daß Heime ein wenig individueller gestaltet werden können.

- Treffpunkte anbieten. Wichtig ist für die Flüchtlinge ein ständiges Kontaktangebot, Treffpunkte für In- und Ausländer, wie es die Cabanas in den letzten Jahren geworden sind. Ein Gast bringe den anderen mit, Fragen können gestellt werden, die so "normal" sind, daß Mann/Frau sich sonst kaum zu fragen traut, Verabredungen können getroffen werden und Informationen weitergegeben. An solchen Orten kann Vertrauen zueinander wachsen und wir können vieles mit-teilen. Bei solchen Treffs kann man Deutschunterricht anbieten oder umgekehrt kann ein von einer Kirchengemeinde angebotener Deutschunterricht zum Treffpunkt und Klima des Vertrauens werden. Beim Deutschunterricht könnten sich viele ehrenamtliche Helfer aus der Gemeinde engagieren - und sicher finden sie im Ort einige MitstreiterInnen.

- Beratungsstellen errichten. Wichtig für Asylbewerber ist es, während des Verfahrens eine sachkompetente Beratung und Begleitung zu haben. Diese kann für den Ausgang ihres Verfahrens von entscheidender Bedeutung sein! Engagierte Helfer können sich beraten und schulen lassen, Sozialarbeiter können beistehen, trotzdem ist daneben der Kontakt mit Rechtsanwälten unabdingbar.

- Räume zur Verfügung stellen, damit sich Menschen einer Nationalität untereinander treffen können auch außerhalb des Heimes, Möglichkeiten zur Gestaltung eigener Kultur haben und vielleicht auch einmal Gastgeber sein können.

- Kinderbetreuung erwägen. Könnte der eigene Gemeindekindergarten zu einem multikulturellen Treff für Kinder und Eltern werden, zu einem Kontaktpunkt, an dem man über viele lebenswichtige Dinge miteinander ins Gespräch kommt?

- Vor Abschiebung schützen. Kirchengemeinden müssen verlässliche Partner für Flüchtlinge sein, die sich ihnen anvertrauen. Sie suchen Menschen, die mit Ihnen Freude und Leid teilen. Ihr Schicksal wird uns am Herzen liegen, wenn wir uns in ihr Leben hineingedacht haben und ihre Not kennen. In einem ungerechtfertigten Abschiebefall erfordert das von einer Kirchengemeinde auch, daß sie sich mit ihrem ganzen Engagement für das Bleiben von Flüchtlingen einsetzt und die Möglichkeiten eines Kirchenasyl erwägt. (Über solche Erfahrungen werden wir in einem der nächsten Hefte berichten.)

Für alle diese Aufgaben brauchen auch Kirchengemeinden wiederum Partner, die helfen: Wohlfahrtsverbände, die beim Einrichten von Beratungsstellen raten, kommunale Ausländerbeauftragte, Bürgerinitiativen, Journalisten, Ärzte, Rechtsanwälte, Lehrer, Dolmetscher und die politisch Verantwortlichen der verschiedenen Parteien.

Es kommen Menschen zu uns, die hoffen auf Hilfe. Jesus sagt: Was ihr einem meiner Brüder getan habt, das habt ihr mir getan.

Pastorin Ingrid Gröpler





40 Jahre Genfer Flüchtlingskonvention

Am 28. Juli 1951 verabschiedete eine Bevollmächtigtenkonferenz der Vereinten Nationen in Genf ein Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge. Diese Genfer Flüchtlingskonvention trat am 22. April 1954 in Kraft. Neben Australien, Belgien, Dänemark, Luxemburg und Norwegen gehörte die Bundesrepublik Deutschland zu den ersten sechs Unterzeichnerstaaten. Bis heute sind dem Abkommen insgesamt 107 Staaten beigetreten.

Die Genfer Flüchtlingskonvention gilt als "Magna Charta" des internationalen Flüchtlingsrechts. Sie regelt die Rechte und Pflichten eines anerkannten Flüchtlings in seinem Aufnahmeland und bietet eine völkerrechtlich verbindliche Definition des Begriffs "Flüchtling". Danach handelt es sich um eine Person, die "aus begründeter Furcht vor Verfolgung wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung sich außerhalb des Landes befindet, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzt, und den Schutz dieses Landes nicht in Anspruch nehmen kann oder wegen dieser Befürchtungen nicht in Anspruch nehmen will" (Art.IA,2).

Kernstück der Genfer Flüchtlingskonvention ist der Art. 33, das sogenannte "Non-Refoulement Gebot", d.h. das Verbot der Ausweisung und Zurückweisung eines Flüchtlings in Staaten, "in denen sein Leben oder seine Freiheit wegen seiner Rasse, Religion, Staatsangehörigkeit, seiner Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen seiner politischen Überzeugung bedroht sein würde".

Darüber hinaus regelt die Konvention detailliert die Rechte und Pflichten eines Flüchtlings in seinem Aufnahmeland. Erklärtes Ziel: Flüchtlinge den jeweils meistbegünstigten Ausländern und, soweit als möglich, den Staatsbürgern des asylgewährenden Landes gleichzustellen.

So haben Flüchtlinge nach der Konvention das Recht auf Berufsausübung, Gesundheitsfürsorge, Bildung sowie den Erwerb beweglichen und unbeweglichen Eigentums. Sie unterstehen den Gesetzen des Landes, in dem sie leben. Ein Reiseausweis ("Flüchtlingspaß"), ausgestellt vom jeweiligen Aufnahmestaat, erlaubt es ihnen, sämtliche Signatarstaaten des Abkommens zu besuchen. Zudem werden ihnen nach Möglichkeit erleichterte Bedingungen bei der Einbürgerung eingeräumt.

Die Genfer Flüchtlingskonvention galt ursprünglich nur für Flüchtlinge aus Europa, die vor dem 1. Januar 1951 ihr Heimatland verlassen mußten. Der globalen Bedeutung der Flüchtlingsproblematik Rechnung tragend, wurde deshalb 1967 ein Zusatzprotokoll für das Abkommen verabschiedet, das diese zeitlichen und geographischen Einschränkungen aufhob.

Dem Amt des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR) obliegt nach der Präambel der Genfer Flüchtlingskonvention die Aufgabe, "die Durchführung der internationalen Abkommen zum Schutz der Flüchtlinge zu überwachen". UNHCR wurde durch die Resolution 428 (V) der UN-Vollversammlung gegründet und nahm seine Arbeit am 1. Januar 1951 auf. Der Hohe Flüchtlingskommissar wird auf Empfehlung des UN-Generalsekretärs von der UN-Vollversammlung gewählt. Derzeitige Amtsträgerin ist seit dem 1. Januar 1991 die Japanerin Sadako Ogata.

Gemäß seiner Satzung ist UNHCR eine humanitäre, unpolitische Organisation, die zwei Hauptfunktionen erfüllen soll: Flüchtlingen "internationalen Rechtsschutz" zu gewähren und für ihre Probleme "dauerhafte Lösungen" zu suchen. Hierfür stehen drei Alternativen zur Verfügung: die freiwillige Rückkehr in das Heimatland, die Eingliederung in das Erstaufnahmeland oder die Umsiedlung in ein Drittland. UNHCR hat in den 40 Jahren seines Bestehens rund 26 Millionen Menschen geholfen, ihn ihr Heimatland zurückzukehren oder in einem anderen Land eine neue Zukunft zu finden. Für seine Arbeit ist es zweimal, 1954 und 1981, mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet worden.

Zur Zeit stehen rund 15 Millionen Flüchtlinge weltweit unter seinem Mandat, allein 12,5 Millionen in den Staaten der Dritten Welt. Um überleben zu können, ist die große Mehrzahl von ihnen auf die Hilfe der internationalen Staatengemeinschaft angewiesen. UNHCR finanziert seine Hilfsprogramme aus freiwilligen Beiträgen der Geberländer. Für die Grundversorgung der Flüchtlinge benötigt das Amt pro Jahr rund 550 Millionen US-Dollar.

Kommentar

Vor vierzig Jahren, am 28. Juli 1951, wurde in Genf ein "Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge" verabschiedet. Als "Genfer Flüchtlingskonvention" ging es in die Geschichte ein. Heute gehört sie als "Magna Charta" des internationalen Flüchtlingsrechtes zu den wichtigsten Grundlagendokumenten aller Ausländerpolitik. Sie hat dem Asylrecht weltweite Geltung verschafft und es Millionen von Menschen ermöglicht, in Würde zu überleben. Es ist ein Verdienst der damals noch jungen Bundesrepublik Deutschland, zu den ersten Unterzeichnern der Konvention zu gehören, und damit das im Grundgesetz verankerte Asylrecht in das internationale Koordinationssystem einzuordnen. Ein Jubiläum also, das wir nicht übersehen sollten.

Jubiläen aber kann man auf sehr verschiedene Arten begehen. In diesem Fall lohnt es sich, öffentliche Veranstaltungen zu einer kritischen Bestandsaufnahme zu nutzen. Die Wirklichkeit heutiger Flüchtlings- und Asylpolitik kann mit der Genfer Konvention nicht mehr ausreichend beschrieben und geregelt werden. Angesichts der weltweit wachsenden Wanderungsbewegungen (Migration) - der "neuen Völkerwanderung" - hat sich die bisherige Flüchtlingspolitik als unzureichend erwiesen. Der Ruf nach neuen Konzepten wird laut, die bei den Ursachen für die Flucht von Millionen von Menschen ansetzen. Zugleich zeigt die gegenwärtige Diskussion in Deutschland, auf welch schwachen Füßen die Verwirklichung der nun vierzigjährigen Konvention inzwischen steht. "Mit einer restriktiven Asylpolitik hat die Bundesrepublik Deutschland versucht, die Zahl der Asylsuchenden zu verringern; die Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften, Einschränkung der Bewegungsfreiheit, die Gemeinschaftsverpflegung, gekürzte Sozialleistungen und ein Arbeitsverbot sollten Flüchtlinge von Deutschland fernhalten - doch diese Politik hat ihr erklärtes Ziel nicht erreicht. Europa und Deutschland können nicht als Festung ausgebaut und militärisch abgeschirmt werden. Nach der Öffnung des Eisernen Vorhangs ist es nicht akzeptabel, eine neue Mauer in Europa zu errichten." Die in dieser Analyse der Evangelischen Akademie Tutzing erwähnten Merkmale restriktiver Flüchtlings- und Asylpolitik gehören zum konfliktreichen Alltag in den neuen Bundesländern. Groß ist der Informationsbedarf bei den Verantwortlichen in unseren Kommunen, dringlich die Notwendigkeit, die schon allein in den Begriffen "Flüchtlinge", "Asylbewerber", "Ausländer" deutlich werdende Abgrenzung und Distanz zu überwinden. Das hinter solcher Terminologie erkennbar werdende Selbstverständnis erweist sich angesichts der wachsenden Einheit Europas, der sich entwickelnden "Einen Welt" immer mehr als vorgestrig. Die plurale, multikulturelle Gesellschaft steht auch bei uns ins Haus: Europa als Vielvölkerstaat mit wechselnden Wanderungsbewegungen, ein Einwanderer-Kontinent. "Die Migrationen der neunziger Jahre werden Teil unseres Alltags sein, die Herausforderung besteht darin, sie lebbar zu machen. Lebbar für alle Seiten." (Michael Rediske in der taz-Sondernummer "Die neue Völkerwanderung" vom 8. Juni 1991). So gesehen sollten wir den vierzigsten Jahrestag der Genfer Flüchtlingskonvention nicht übersehen, sondern ihn wo immer es möglich erscheint (z.B. am "Tag des Flüchtlings" am 4. Oktober) auch begehen und zum Engagement ermutigen. Die Gründung von regionalen und lokalen "Flüchtlingsräten" könnte auch in den neuen Bundesländern eine praktische Konsequenz solch kritischer Beschäftigung mit einem Jubiläum sein.

Berlin im Juli 1991 Christfried Berger

Hinweis: "Die neue Völkerwanderung" - Sondernummer der taz im Rahmen von World Media vom 8. Juni 1991. Bestellmöglichkeit: 6,80 DM (einschl. Porto) auf Konto taz, Archiv, Kto-Nr. 25 88 34 - 104 Postgiroamt Berlin, BLZ 100 100 10. Bitte Titel angeben: taz-World-Media

Wer sich über die Arbeit eines Flüchtlingsrates informieren will, wende sich an Berliner Flüchtlingsrat, Handjerystr. 19/20, W-1000 Berlin 41 oder Dresdner Flüchtlingsrat (bei Cabana) Kreuzstr. 7, O-8020 Dresden.

Euch bin ich dankbar, doch ich bin verwirrt...

Gerade habe ich eine eigene Wohnung bekommen, Dank der unabdingbaren Hilfe von Jürgen, ein deutscher Freund, der sich stark für die Integration jüdischer Auswanderer aus der Sowjetunion engagiert. Ein außergewöhnliches Glück für einen Asylbewerber, wenn ich an den Wohnungsnotstand in Berlin denke.

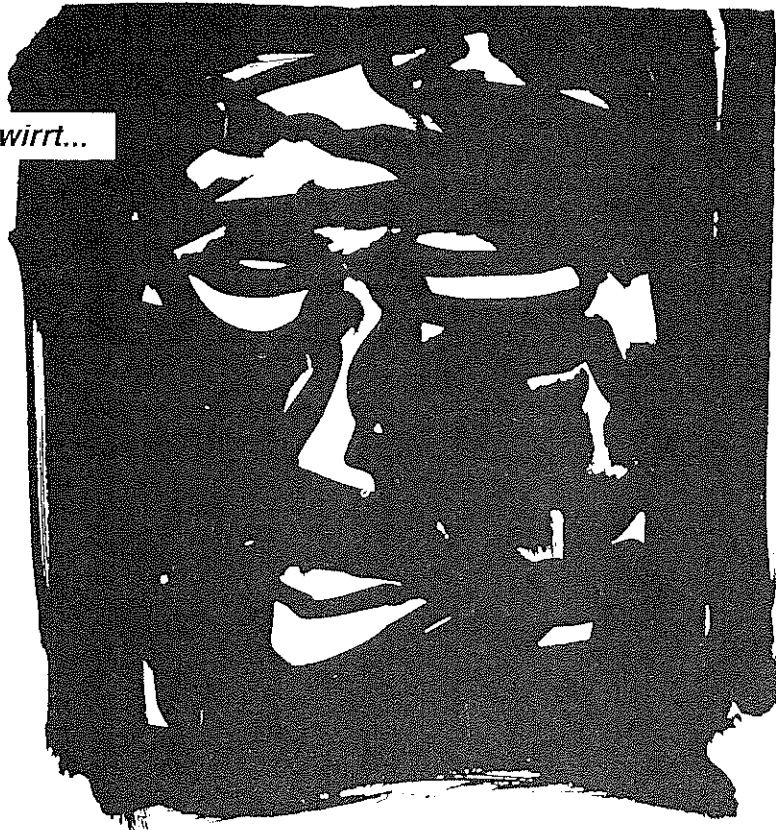
Doch die Wohnung ist nicht mein einziges Glück in Deutschland gewesen.

Vor vier Jahren, als ich gerade in Berlin ankam, lernte ich durch einen Zufall den Maler Volker und seine Frau Bärbel, eine Lehrerin in einer Weißenseer Schule, kennen. Sie haben mir nicht nur geholfen, mein Deutsch zu verbessern und die Deutschen besser zu verstehen. Nach ein paar Besuchen wurde ich in die Familie aufgenommen, als ihr fünftes Kind. Fast jedes Fest feierte ich von da an mit ihnen zusammen. Für mich, der ich damals noch ein ganz unerfahrener junger Mann war und meine Eltern in China noch nie länger als ein Jahr verlassen hatte, war diese familiäre Wärme denkbar wichtig. Nur mit ihrer Fürsorge habe ich mein Heimweh mindern können. Als meine Eltern in China dies erfuhren, waren sie sehr erleichtert. Für meine kranke Mutter war es ein großer Trost, daß jemand sich wie sie um ihren einzigen Sohn kümmert.

Das war in der Zeit, wo ich als Auslandskorrespondent der amtlichen chinesischen Nachrichtenagentur meinen Chef über jeden meiner Kontakte mit Deutschen genauest informieren sollte, wo die Menschen hier aus Angst vor der Stasi Ausländern wie mir normalerweise auswichen.

Als die Demokratiebewegung in Peking blutig niedergeschlagen wurde, konnte ich nicht mit den Deutschen gemeinsam dagegen protestieren, die ihre eigene Sicherheit wegen eines fernen Landes riskierten. Aber gemeinsam mit chinesischen Freunden, die damals als Diplomaten hier arbeiteten, habe ich Protest und Trauerkundgebung in der chinesischen Botschaft in Pankow mitorganisiert. Kurz danach ist der Hauptorganisator in den Westen geflüchtet. Mir wurde auch klar, daß ich unter solchen Umständen nicht nach China zurückkehren konnte - meine Rückberufung nach Peking wurde schon heimlich eingeleitet.

Bärbel, meine deutsche Mama, fragte mich, ob ich Möglichkeit hätte, nach Westberlin zu fliehen. Wenn nicht, würde sie mich irgendwo verstecken. Als ich ihre Frage bejahte, gab sie mir die Adresse von ihrer Nichte Sabine in Westberlin,



bei der ich kurzzeitig wohnen könnte. Schließlich habe ich bei Sabine so lange gewohnt, bis ich die jetzige Wohnung gefunden habe. In ihrer Umgebung sind entweder Umweltschützer oder Mitglieder der Antifa-Initiative. Daher habe ich keinen Tag in einem Aufnahmelager gewohnt, wo ich mich mit Sicherheit gar nicht wohl gefühlt hätte.

Bis jetzt haben mir alle Deutschen, die ich kenne, nur geholfen. Überall begegne ich hilfbereiten Menschen, denen ich sehr dankbar bin. Ich kann mir nur sehr schwer vorstellen, wie ich mich ohne Hilfe vieler deutscher Freunde durch die knapp zwei Jahre nach meiner Flucht durchgeschlagen hätte.

Zugleich irritiert und verwirrte mich eine andere unerträgliche Realität. Gleich nach meiner Flucht habe ich in Westberlin Asylantrag gestellt. Ich glaube fest, daß die deutsche Behörde keinen Grund finden würde, meinen Antrag abzulehnen, daß ich bald als politisch Verfolgter anerkannt würde. Inzwischen sind aber fast schon zwei Jahre vergangen. Das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge hat mir in dieser langen Wartezeit nur eine einzige Frage gestellt: in welchem chinesischen Dialekt ich mich beim Bundesamt über mein Asylbegehren äußern würde. Ich frage mich, hat nur die Bürokratie das Verfahren verzögert? Ich bin schließlich einer der ersten Chinesen, die unmittelbar nach dem Pekinger Massaker in der BRD Asylantrag gestellt haben. Viele Chinesen, die dies später als ich getan hatten, haben schon das Asylrecht bekommen. Was ist mit meinem Asylantrag?

Habe ich mein Asylbegehren schlecht begründet? Oder ist mein Asylbegehren überhaupt nicht begründet? Die Verzweiflung wächst, obwohl ich gar keinen Grund zur Verzweiflung zu haben glaube.

Mit der Verzweiflung wächst zugleich der Zweifel an der Rechtsstaatlichkeit der BRD. Nachdem ich in einer Zeitung gelesen habe, daß die Behörden zumindest in manchen Fällen schon vor der Anhörung des Asylbewerbers die Ablehnungsentscheidung getroffen haben, wächst in mir jeden Tag die Angst, daß auch mein Antrag abgelehnt werden könnte. Ich habe nicht befürchtet, daß Neonazis mich angreifen könnten, doch vor einer ungewissen Zukunft habe ich ständig Angst. Wer weiß, was auf mich in China wartet, falls mein Antrag abgelehnt und ich abgeschoben würde?

Inzwischen sind andere Nachrichten aus China eingetroffen, die mich noch mehr beängstigen. Vor kurzem berichtete der "Spiegel", daß die Kirche in China wieder stärker unterdrückt würde, weil die Kommunisten fürchteten, daß aus der Kirche eine starke Opposition heranwachsen könnte, wie es in der DDR der Fall war. Zunächst fühlte ich ein starkes Schuldgefühl, denn, wie ich weiß, war ich praktisch der einzige Chinese, der sich ernsthaft mit der Problematik von Kirche und Opposition in der damaligen DDR beschäftigt und entsprechende Informationen nach Peking geschickt hat. Damals war in China der Ruf nach politischer Reform laut, die politische Stimmung war sehr liberal. Ich dachte, die Forderungen der Bürgerbewegungen und der Kirche der DDR könnten den Reformkräften in China manche Anregungen geben. Doch damit, daß die Kommunisten durch meine Informationen und Analysen in der Kirche eine Gefahr für das Regime sehen können, hatte ich nicht rechnen können. Zugleich ist mir bewußt geworden, daß mir eine Entziehung der politischen Abrechnung noch unmöglicher würde, wenn ich jetzt nach China zurückkehren müßte.

Es war allerdings schon ein Schock, als ich meinen Paßersatz, die "Aufenthaltsgestattung zur Durchführung des Asylverfahrens", in die Hand bekam. Auf der Innenseite steht: "Räumliche Beschränkung: Der Aufenthalt ist / wird auf das Land Berlin beschränkt. Ein Verlassen dieses Bereiches bedarf einer besonderen Genehmigung der Ausländerbehörde (Ausnahme: §25 Abs. 3. AsylVerfG)." Weiter heißt es: "Auflagen: 1. Erwerbstätigkeit nicht gestattet; 2. Aufnahme eines Studiums oder einer sonstigen Berufsausbildung nicht gestattet."

Das heißt praktisch, daß ich den ganzen Tag nur zu Hause herumsitzen und faulenzen darf, obwohl ich so gerne noch einmal studieren und etwas machen wollte. Während die Deutschen im Osten um ihre Reisefreiheit kämpften und schließlich das menschenfeindliche Regime stürzten, mußte ich mich einmauern lassen. Im letzten April wollte ich an dem Forum über Demokratisierung in China und Osteuropa, das die chinesischen Auslandsopposition mit Bürgerbewegungen der damaligen DDR im Ostteil der Stadt organisierte, teilnehmen. Da mußte ich bei der Ausländerbehörde stundenlang warten, um eine Genehmigung für das Verlassen des westlichen Stadtteils zu bekommen. Jetzt existiert die Mauer nicht mehr, alle Deutschen dürfen überall hin, wohin sie wollen. Doch die Stadt Berlin darf ich immer noch nicht verlassen. Ich wage nicht einmal in die Vorstädte zu fahren, nur um frische, ländliche Luft einzuatmen: was für Folgen könnte eine Verletzung der räumlichen Beschränkung für das Asylverfahren haben? Ich frage mich, ist diese Praxis in diesem Staat, in dem ständig behauptet wird, die Menschenwürde dürfe nicht verletzt werden, etwa menschenwürdig und menschenfreundlich?

Im März dieses Jahres ist das Verbot der Erwerbstätigkeit aufgehoben worden, doch mir ist eine "selbständige Erwerbstätigkeit oder vergleichbare unselbständige Erwerbstätigkeit nicht gestattet", wie es auf meinem Papier steht. Was aber nützt mir dies in der jetzigen Situation, in der immer mehr Deutsche arbeitslos werden? Was nützt es mir, wenn ich kein Studium und keine Berufsausbildung aufnehmen darf? Einen richtigen Beruf habe ich in China nicht lernen können. Praktisch kann ich weiterhin nichts machen.

Als ich gerade in Westberlin den Asylantrag stellte, behauptete ein Bekannter aus meinem deutschen Familienkreis, Ausländer seien hier nur Gäste, deshalb dürften sie hier nicht arbeiten. Das ist aber genau eine Forderung der Neonazis. Wie weit ist nun die staatliche Ausländerpolitik von der neonazistischen Theorie entfernt? Der Gast einer Familie darf mindestens noch irgendwohin reisen und schöne Landschaften oder Sehenswürdigkeiten genießen!

Getröstet bin ich nur dadurch, daß die Menschen, die mir nahestehen, anders denken und mir gerne helfen. Ihnen bin ich unendlich dankbar.

Tia Zhiping

Bericht über einen Besuch im Flüchtlingswohnheim Kremmen

Wir haben das Flüchtlingswohnheim (Asylbewerber) in Kremmen/Kreis Oranienburg am 25. 3. 91 besucht. Es befindet sich ca. 15 km von Oranienburg entfernt (mehrmals täglich Busverkehr dorthin) in einem Gebäudeteil einer noch arbeitenden LPG und besteht seit dem 11. Februar. Leiter ist Herr Reinnel, ein früherer Angestellter der LPG. Weiterhin arbeitet hier ein ZDL. Die meisten der jetzt hier befindlichen 48 Menschen (aus Äthiopien, SU, Indien, Türkei, Ghana, CSFR, Rumänien, Bulgarien, Liberia) wohnen hier seit dem 20. März (Verteilung von Eisenhüttenstadt aus).

Herr Reinnel kritisiert, daß er auf die Betreuung der Flüchtlinge fachlich nicht vorbereitet worden sei und die Ankunft der Flüchtlinge auch nicht vorher angekündigt worden war. Die Zimmer sind einfach, aber akzeptabel. Leider sind jedoch die Warmwasserboiler in vielen Zimmern defekt. Die gemeinschaftlich genutzten Duschkabinen sind in Ordnung, aber nicht abschließbar (unzumutbar besonders für die Frauen). Badewannen sind nicht vorhanden, Kinder müssen behelfsmäßig in Plastikwannen gebadet werden. Wäsche muß per Hand gewaschen werden, angesichts der defekten Boiler ein besonderes Problem. Besonders problematisch sind die Verhältnisse in der Küche, denn für 48 Bewohner steht nur ein einziger Herd zur Verfügung. Es gibt keinen funktionierenden Kühlschrank, die Spüle ist defekt. Das elektrische Leitungssystem ist überlastet. Zufällig anwesende Handwerker, die mit Reparaturen im Sanitärbereich beschäftigt waren, klagten, daß alles nur "Flickschusterei" sei, da das Geld für die eigentlich nötigen Ersatzteile/Neuanschaffungen fehle.

Sprachkurse, Kinderbetreuung, Vorbereitung auf die Einschulung fehlen bisher, Heimleiter und ZDL verstehen keine Fremdsprachen. Direkten Zugang zum Telefon in Notfällen gibt es nicht. Das einzige Telefon im Büro des Heimleiters steht nachts nicht zur Verfügung, da der Heimleiter nachts nicht erreichbar ist.

Hier einige Probleme bei der Verteilung von Eisenhüttenstadt aus:

- Eine Person wurde im schwerkranken Zustand auf die Reise geschickt und mußte auf die Intensivstation der Charité eingeliefert werden.
- Es gab Probleme mit der geplanten Gemeinschaftsverpflegung. Als die Flüchtlinge hörten, daß es Gemeinschaftsverpflegung geben sollte, kehrten sie aus Protest in den Bus zurück und verließen ihn erst wieder als eine Barauszahlung der Sozialhilfe zur Selbstverpflegung zugesichert wurde. (Der Sozialhilfesatz liegt bei 400 DM für den Haushaltsvorstand, 240 DM für den Ehepartner und gegebenenfalls Zuschläge für



Zeichnung: Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt/Jan Tomaschoff

Kinder. 80 DM werden für Miete und Energie gleich einbehalten. Somit entspricht dieser Satz den Sozialhilfesätzen der Deutschen.) Die unterschiedlichen Sätze für die Ehepartner erschienen den Flüchtlingen nicht plausibel und sorgte für weitere Unruhe.

Für die Unterbringung von Gästen ist eine Genehmigung erforderlich und es muß dafür 5 DM bezahlt werden. Vor einigen Monaten kam es zu ausländerfeindlichen Übergriffen. Eine Gruppe Neonazis hatten die Fenster mit Steinen beworfen - eine Gefahr für die in den Räumen befindlichen Menschen. Notwendig wären Fensterläden. In einem Gespräch mit der Polizei erfuhren wir, daß es bis zu einer halben Stunde dauern könnte, bis die Polizei eingreifen kann, da die Anfahrt so lange dauert. Es würden aber jetzt regelmäßig Streifen am Wohnheim vorbei fahren. Außerdem hätte man die rechtsradikale Szene jetzt im Blick, besonders die Skins. Es habe in Kremmen einen hohen Anteil an REP-Wählern gegeben, so sei die Stimmung im Ort gegenüber den Fremden sehr geteilt und reiche von Hilfsbereitschaft bis zu militanter Ausländerfeindlichkeit. Natürlich gebe es auch einige Schwierigkeiten im Zusammenleben mit den Flüchtlingen, die auf Unkenntnis von Gesetzen und Sitten des Landes seitens der Flüchtlinge zurückzuführen sei (Jagd auf Wild, Verrichtung der Notdurft auf Äckern etc.). Wünschenswert wäre da ein Dolmetscher, um die Flüchtlinge besser darüber zu informieren. Dabei hofft man auf Hilfe von Flüchtlingsorganisationen aus Westberlin.

Eine Sozialarbeiterin aus Oranienburg berichtete uns von einem Verwaltungschaos bei der Betreuung von Flüchtlingen in Brandenburg. Die Landkreise würden mit der Betreuung von Asylbewerbern allein gelassen, es fehlen Landesgesetze und Ausführungsbestimmungen und es fehlt Geld. Sozialhilfe werde aus den Mitteln des Kreises "vorgeschossen". Es gibt nur behelfsmäßige Krankenscheine, für die Bekleidungshilfen fehlt das Geld. Dadurch das AWO, DPWV, also die Wohlfahrtsverbände erst im Aufbau begriffen seien, gebe es auch keine Ansprechpartner. Für die Betreuung der Flüchtlinge seien ABM-Stellen vorgesehen, die hoffentlich bald realisiert werden können. Für die Sicherheit des Heims soll eine Wachschutzfirma engagiert werden.

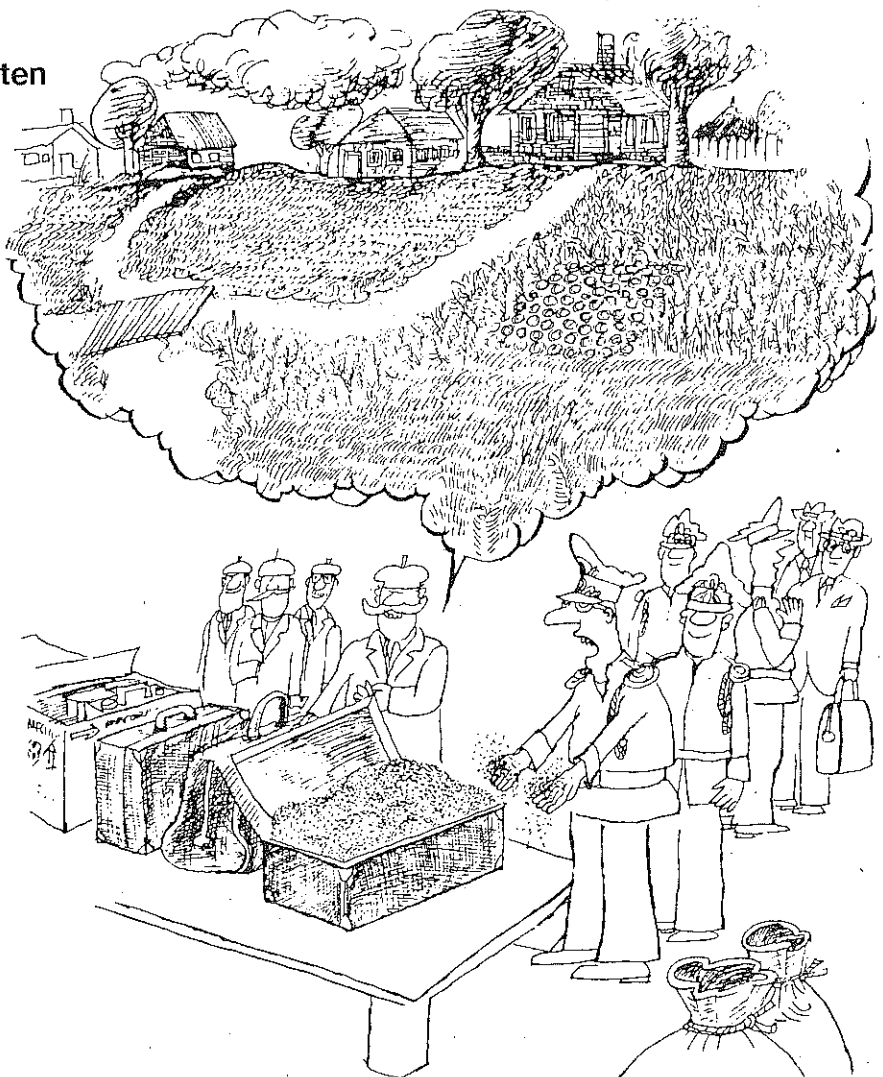
(Taye Teferra/Harald Wernicke)

Fremde Länder, fremde Sitten

Das Fremde, Andersartige, löst Faszination und Furcht aus. In alter Zeit war das Fremde das Heilige, das Verehrung und Furcht hervorrief. Daraus wurde Ehrfurcht.

Die fremden Durchreisenden waren für die Einheimischen immer interessant. Wie sahen sie aus? Ihre Hautfarbe, ihr Haarschnitt, ihre Kleidung, ihr ganzer Habitus war aufregend. Man trieb mit ihnen Handel und ließ sich von fernen Ländern, Sitten und Gebräuchen erzählen. In Italien wurden Fremde als Richter in einen Ort geholt, da sie unbefangenen Streit schlichten konnten. Oft übernahmen sie die Rolle des Beichtvaters, und manchmal wurden sie sogar zu Beratern der Könige.

Das Problem beginnt, wenn die fremden Menschen nicht weiterreisen, sondern bleiben und neben uns wohnen wollen. Dann tritt die Faszination hinter der Furcht zurück. Viele haben Angst vor "Überfremdung". Aber was ist eigentlich das Fremde an den Fremden? Wissenschaftler haben



Stojanovic Miodrag/Jugoslawien

festgestellt, daß die Kulturen der Völker auf unserer Erde gar nicht mehr so verschiedenartig nebeneinander stehen. Ihre Literatur wird in alle Sprachen der Welt übersetzt. In unseren Konzertsälen hören wir polnische und afrikanische Musik und in Japan spielen Blockflötenschüler Telemann und Vivaldi. Gleiche Kleidungsstücke - Jeans - und gleiche technische Geräte - Fernseher - werden in der ganzen Welt benutzt. Alle Großstädte erscheinen einander immer ähnlicher. Verschieden sind "nur noch" die Sprachen, die Religionen und die der ständigen Veränderung unterworfenen Sitten, die auf den alten Traditionen beruhen.

Um diese fremden Sitten kennenzulernen, genügt es nicht, das Verhalten der hier wohnenden Ausländer zu beobachten, man muß sie in ihren Heimatländern erleben.

Als Beispiel will ich einen Abend bei einer algerischen Familie in einer Universitätsstadt im Aures-Gebirge schildern. Mein Mann und ich wurden vom Hausherrn empfangen und in sein Zimmer geführt. Einige seiner Freunde waren schon da. Wir saßen auf Stühlen und Kissen. Der Fernseher lief und man unterhielt sich auf arabisch, berberisch und französisch über die politische Weltlage. Immer mehr Männer kamen herein, während an der offenen Tür vorbei Scharen von Frauen und Kindern in die hinteren Gemächer des Hauses zogen. Plötzlich sagte der Gastgeber zu mir "Wir wollen nun zu Abend essen. Sie können gern bei uns bleiben, aber wir respektieren es auch, wenn Sie zu den Frauen hinübergehen". Alle sahen mich an. Ich wäre lieber bei den Männern geblieben. Die Diskussion war gerade sehr interessant und die Nähe meines Mannes ließ mich die Außergewöhnlichkeit dieses Abends genießen. Zum Glück aber spürte ich, was von mir erwartet wurde. Ich bedankte mich höflich und meinte, daß ich lieber zu den Frauen ginge. Dort saßen wir in einem fast kahlen, großen Raum neben der Küche auf Kissen. Mehrere der Frauen waren damit beschäftigt, die Männer zu bewirten. Wir warteten und ich hatte viel Zeit, die Kinder und ihre Mütter anzusehen und anzulächeln. Erst nach etwa zwei Stunden gab es auch hier zu essen. Auf einem großen, runden, feinzieselierten Metalltablett standen mehrere dampfende Schüsseln. Es gab Couscous mit Hammelfleisch und verschiedenen Gemüsen. Jeder bekam einen Löffel, langte in die Schüssel und balancierte das Essen in den Mund. Ich konnte es natürlich schlechter als die anderen. Die ferner Sitzenden wurden von den Verwandten mitversorgt. Während unseres einwöchigen Algerienaufenthaltes sind wir von den sehr gastfreundlichen Menschen jeden Abend in eine andere Familie eingeladen worden. Wir haben köstliche Speisen kennengelernt und auch mit allen gemeinsam an einem Tisch gegessen.

Nun kommen die Fremden, die Ausländer zu uns. Die wenigsten sind freiwillig hier. Wir haben viel von Fluchtgründen gehört, aber wir verdrängen dies Wissen leicht, wenn sie uns näherrücken, wenn sie etwas von uns wollen. Wir sind irritiert, wenn die Mitschülerinnen unserer Kinder Kopftücher tragen und nicht mit ins Schwimmbad dürfen, wenn auf dem Balkon gegenüber ein ganzer Hammel gebraten wird, oder wenn im Park frisch geschorene Schafwolle nach dem Waschen zum Trocknen ausgebreitet liegt. Frauen haben besondere Angst vor den fremden Männern, arabische Väter haben besondere Angst um ihre Töchter.

Wir sollten uns klar machen, daß das Verhalten der Ausländer bei uns nicht ungebrochen ihrer Tradition entspricht. Es sind oft nicht mehr die Sitten ihrer Väter, nach denen sie leben. Ein Mensch, der seine Heimat verläßt, kann nicht "alles" mitnehmen. Er läßt mehr zurück, als wir und er selbst glauben. Auch lange Fluchtwege, über Wochen, Jahre, lassen Gebräuche vergessen. Und dann kommt dieser Mensch in unser Land, von dem er eine ganz bestimmte Vorstellung hatte. Meist ist es die von einem Schlaraffenland. Aber nun macht er ganz unerwartete Erfahrungen: Er ist unerwünscht, er lebt auf engstem Raum in einer Sammelunterkunft zusammen mit Fremden aus der ganzen Welt, nur nicht mit Deutschen. Die sind die Heimleiter, die Betreuer. Sie haben die Macht über den Kochtopf und über den Hausschlüssel. Wo bleiben da seine Traditionen? Oder gar die Möglichkeit zur Ausübung seiner Religion?

Wir haben vietnamesische Jugendliche kennengelernt, die als Kinder geflüchtet waren und in einem Heim in Berlin lebten. Oft gab es nachts keine Betreuer. Dann haben die jungen Leute bis Mitternacht Karten gespielt. Danach bekamen sie Hunger. Sie kochten stundenlang Hühner und Reis, aßen und tranken, und morgens um vier Uhr, als es hell wurde, spielten sie auf dem Hof Fußball. Das störte natürlich die Nachbarn, und die Lehrer störte es, daß ihre Schüler zu spät zur Schule kamen und beim dritten Satz einschließen. Entsprach dieses Verhalten der Vietnamesen ihrer Tradition? Zum Teil schon. Denn in Vietnam schlafen die meisten Menschen nachts nicht so lange wie wir, dafür aber tags, wenn es sich einrichten läßt. Auch halten sie gern in großer Runde ein Nachtmahl, und Zeit und Stunde sind nie so wichtig wie bei uns. Aber dieses ungeordnete Dasein, wie wir es bei ihnen erlebten, ist natürlich zugleich ein Ergebnis der Ungeborgenheit dieser jungen Menschen. Sie haben hier nicht die gleichen Aufgaben und Beziehungsgeflechte wie zu Hause.

Ich denke auch an eine libanesische Familie, die aus einem Flüchtlingslager am Rande von Beirut stammte. Als wir sie kennenlernten, lebte sie schon vier Jahre in einer Berliner Sammelunterkunft. Wenn ich überlege, was an ihnen typisch arabisch ist, will mir nichts einfallen. Trotzdem möchte ich eine

Konfliktsituation schildern. Wir hatten die fünfköpfige Familie in unserem Gemeindehaus aufgenommen, um die Abschiebung des Familienvaters zu verhindern. Fatima, die Mutter, ging längere Zeit ohne unser Wissen zur Sozialbehörde und bezog Vergünstigungen; wir wußten nicht genau welche. Die Behörde wiederum wußte nicht, daß die Familie inzwischen im Gemeindehaus wohnte und wohl von uns versorgt würde. Als dieser Umstand durch einen Zufall herauskam und Fatima bei der Behörde danach gefragt wurde, widersprach sie energisch und nannte den Pfarrer und mich Lügner. Durch den Angestellten erfuhren wir von der Geschichte. Bei meinem nächsten Besuch in der Familie war ich zurückhaltender als sonst. Darauf angesprochen meinte ich: Es ist nicht so schön, als Lügner bezeichnet zu werden. Der Ehemann rief: "Das hat Fatima nicht gesagt." Als ich es aber bekräftigte, erwiderte er: "Wenn Fatima das wirklich gesagt hat, werde ich sie schlagen." Da ich das natürlich nicht wollte, habe ich die ganze Sache abgeschwächt.

Das Vorteilsdenken von Flüchtlingen entspringt ganz gewiß der Situation dessen, der hier unbedingt Fuß fassen muß. Er paßt sich unserer Konsumgesellschaft an. Andere Menschen als Lügner zu bezeichnen, ist vielleicht für sie, wenn es um lebenswichtige Dinge geht, nicht unmoralisch. Und daß ein Mann seine Frau schlagen will, mag in der offenen Ankündigung typisch arabisch sein - aber sonst?

Wie sollen die Menschen mit ihren verschiedenen Traditionen, Sprachen, Religionen, Hautfarben miteinander leben können? Die Ethnographen, die sich auch mit dieser Frage beschäftigen, weisen darauf hin, daß zum Beispiel die Vorstellung vom "Schmelztiegel New York" nicht stimmt. Die Kulturen der Bewohner dieser Stadt, die aus der ganzen Welt kommen, sind nicht miteinander verschmolzen. Eher könnte man das Bild von einer Salatschüssel verwenden: Alle Zutaten liegen erkennbar nebeneinander und werden nur von einer Soße gemeinsam übergossen.

Beim Zusammenleben mit Fremden kommt es darauf an, die Verschiedenartigkeit der anderen zu achten. Wir können keine Anpassung erwarten, und wo sie nötig ist, sollten wir die Situation so locker wie möglich nehmen und so gut wie möglich erklären. Keine Assimilation anstreben, sondern Integrationsangebote machen.

Wir müssen auch erkennen, daß unsere Fremdheitserfahrung sehr viel mit uns selbst zu tun hat. Meine eigene kulturelle und soziale Identität ist wichtig. Je besser ich mich selbst kenne und mein Selbstwertgefühl entwickelt ist, um so offener kann ich auf Fremde zugehen. Sie wollen uns ja nicht mit ihrem andersartigen Verhalten stören, sie möchten aber als Menschen angenommen werden. Vor allem wollen sie keine Fremden bleiben.

Gertrud Wagemann

Das Europa der Zukunft im Jahrhundert der Flüchtlinge

Ganz sicher ist es so, daß das wirtschaftliche Gefälle von Ost nach West Menschen aus Gründen des Lebensstandards nach jahrelangen vergeblichen Bemühen und ohne konkrete Hoffnung auf rasche Änderung dazu veranlaßt, ihr Land zu verlassen. Sie erwarten die Befriedigung ihrer Bedürfnisse immer noch im Westen. Für Menschen aus dem Süden ist Europa insgesamt der "Westen" und bedeutet in jedem Fall diese Verbesserung. Aber um solche Motive zu bewerten, müßten wir wohl jeweils viel mehr Details kennen und nach den Mechanismen fragen, die Unterentwicklung, Armut und Flüchtlinge produzieren. Dazu kommt, daß die Fluchtgründe oft eine Mischung aus persönlichen, politischen, religiösen, wirtschaftlichen und anderen Ursachen sind. Eine Kategorisierung in Asylbewerber und Wirtschaftsflüchtlinge ist darum falsch.

Was Menschen über ihre Fluchtgründe berichtet haben:

- Familie T. kommt aus Rumänien. Zur Familie gehören die Großeltern, die Tochter und drei Enkelkinder, wovon das jüngste Kind einen Monat alt ist. Der Vater der Kinder und Ehemann ist im Dezember 1989 in Timisoara bei einer Demonstration erschossen worden. Die Mutter hat infolge einer Schußverletzung im selben Zusammenhang ein Bein verloren. Als sie im Mai 1990 wieder reisefähig ist, beschließt die Familie, Rumänien für immer zu verlassen. Sie haben davon gehört, daß sie nach der Wende in der DDR Aufnahme finden können. Sie lösen ihren Haushalt auf und nehmen das Nötigste - und das ist nun alles, was sie besitzen - mit. Ein provisorisches Notaufnahmelager in einer völlig demolierten Stasi-Kaserne bietet Unterkunft und Verpflegung. Aber werden sie bleiben können? Reicht ihr Schicksal als Asylgrund? Sie nehmen die Unsicherheit in Kauf und versuchen sie täglich in Hoffnung zu verwandeln. An die Zuweisung einer eigenen Wohnung ist in der "absterbenden" DDR nicht zu denken, zumal unklar bleibt, wie ihr Rechtsstatus aussehen kann. Familie T. weiß nur eins mit Sicherheit: Sie wollen nie mehr zurück nach Rumänien. Kanada oder die USA sind ihre nächsten Ziele, wenn sie nicht in Deutschland bleiben können. Wie schwer es allerdings ist, in der Fremde einen neuen Anfang zu machen, erleben sie auf Schritt und Tritt. Sobald der Großvater nicht in der Nähe ist, ist jede Verständigung unmöglich. Nur er spricht etwas deutsch...

Vorbild in uns
oder Nachbild
das uns noch etwas bedeutet
hilf uns
daß wir nicht vorbeten oder nachbeten
die falschen Lehren
der Elektronengehirne
und ihrer Herren und Knechte.

Wo das Unrecht größer wird als wir
wo das Unrecht schneller wird als wir
wo das Unrecht kräftiger wird als wir
hilf uns nicht zu ermüden.

Wo das Unrecht uns übertrifft
an Kenntnissen und an Mitteln
wo das Unrecht uns übertrifft
an Ausdauer und an Erfolgen
wo das Unrecht so groß wird
daß wir klein werden
bei seinem Blick
hilf uns nicht zu verzagen.

Wo das Unrecht eindringt in uns
in unsere Tage und Nächte
in unser Aufschrecken und in unsere Träume
in unsere Hoffnungen und in unsere Flüche
hilf uns
uns nicht zu vergessen.



- Eine bessere Perspektive hat da schon Familie K. aus Leningrad. Er galt zu Hause als begabter Arzt. Das beweisen auch seine Zeugnisse. Die Familie gehört zu den jüdischen Einwanderern aus der Sowjetunion, die durch den aufblühenden Nationalismus und immer offener geäußerte Judenfeindlichkeit eine wachsende Verunsicherung empfinden. Aus ihrer eigenen Geschichte heraus müssen Juden geradezu dafür besonders sensibel sein. Von Diskriminierungen bis zu Bedrohungen verschiedenster Art wissen sie zu berichten. Aufgrund besonderer Verordnungen im rechtlichen Rahmen für "Kontingentflüchtlinge" ist ihnen die Möglichkeit und Förderung zur Intergration zugesichert. Auch wenn es immer noch schwer genug ist, die neue Sprache zu lernen, sich unter anderen gesellschaftlichen Bedingungen zu orientieren, eine neue Existenz für die Familie aufzubauen, eine berufliche Marktsituation zu akzeptieren und bei allem den totalen Wandel eines Teiles der Gesellschaft im neuen Land mitzuerleben, hat die Familie, so wie die anderen sowjetischen Juden, doch einen Rechtsanspruch als Voraussetzung dafür, ihren Lebensmittelpunkt in Deutschland neu festzulegen.

- Familie D. lebte in Baku. Sie waren in ihrem Wohnviertel als Juden bekannt. Das Kind mußte umgeschult werden; es wurde von den Mitschülern immer häufiger beschimpft und verprügelt, weil es Jude ist. Mehrfach wurde in die Wohnung der Familie eingebrochen, und wertvolle Sachen wurden gestohlen. In den letzten Wochen ihres Aufenthaltes in der Sowjetunion wurde das Familienoberhaupt öfter zusammengeschlagen, teilweise von den Nachbarn. Sie hatten Angst vor einer Ausweitung der Repressalien, zumal die Polizei eine Anzeigenaufnahme verweigerte. Für sehr viel Geld haben sie in der Schlange der zu Tausenden Wartenden einen vorderen Platz bei der Beantragung eines Touristenvisums im 5.000 km entfernten Moskau für die BRD erhalten. Sie saßen mir ein paar Tage später gegenüber: "Wir gehen nicht mehr zurück..."

Klaus Pritzkulcic



Nächtliches Gepäck, HONG Song-Dam

Kurfürst verfügte einst Zwangskollekte für Fremde

Integration von Zuwanderern prägte die Geschichte der Stadt

"Die Geschichte Berlins ist auch die Geschichte der Integration unterschiedlicher Zuwanderergruppen" schreibt die Ausländerbeauftragte des Senats, Barbara John, im Vorwort zu dem Buch "Von Zuwanderern zu Einheimischen" (Nicolaische Verlagsbuchhandlung). Nach dem Dreißigjährigen Krieg, als die Mark entvölkert war und die Stadt fast die Hälfte ihrer Einwohner verloren hatte, holte der Große Kurfürst französische Hugenotten ins Land. Von ihren handwerklichen Kenntnissen erhoffte er sich eine Belebung der Wirtschaft in seinem Herrschaftsgebiet. Das Potsdamer Edikt von 1685 räumte den Einwanderern unternehmerfreundliche Sonderrechte ein. Das Kalkül des Kurfürsten ging auf: Sein Erlaß lockte Religionsflüchtlinge in großer Zahl an, so daß beispielsweise im Jahr 1698 von den damaligen 22.400 Berlinern wenigstens 5.800 Franzosen waren.

Die Einheimischen standen den Fremden anfangs "kuhl und mißtrauisch" gegenüber, wissen die Chronisten zu berichten. Es gab Probleme mit der Lebensmittelversorgung, zeitweise führte die gestiegene Nachfrage zu höheren Preisen. Als im Jahr 1686 eine freiwillige Spendenaktion zugunsten der Einwanderer nur wenig Erfolg bracht, verfügte der Kurfürst kurzerhand eine Zwangskollekte. Wie langsam die Integration vor sich ging, zeigt sich daran, daß es mehr als hundert Jahre dauerte, bis die Kolonisten das Französische als Verkehrssprache aufgaben.

Rund hundert Jahre, nachdem die Juden grausam aus der Mark vertrieben worden waren, wurden 1671 wieder fünfzig Familien ins Land geholt. Da ihnen seit dem Mittelalter Handwerk und Gewerbe verboten waren, verfügten sie über weitreichende Handelskontakte, von denen sich der Kurfürst ebenfalls wirtschaftlichen Nutzen versprach. Sie unterlagen jedoch religiösen Einschränkungen, durften beispielsweise keine Synagoge bauen. Bis zur Aufklärung hielt sich in der Bevölkerung ihr Bild von einer bedrohlichen und in ihrer Lebensweise fremden Gruppe. Im 19. Jahrhundert galt Deutschland als Vorbild an Toleranz gegenüber den Juden. Ihre Zahl nahm in Berlin von rund 3.300 auf fast 100.000 zu.

Die beiden Könige Friedrich Wilhelm I. und Friedrich II. im 18. Jahrhundert bemühten sich, ihren Residenzen Berlin und Potsdam den angemessenen repräsentativen Rahmen zu verschaffen. Böhmische Weber und Spinner kamen ins Land. Sie wurden am Weg nach Köpenick, der heutigen Richardstraße angesiedelt.

Die Industriemetropole des 19. Jahrhunderts lockte in großer Zahl Arbeitskräfte an. Innerhalb von knapp vierzig Jahren verdreifachte sich die Einwohnerzahl Berlins auf rund 2.040.000 im Jahr 1900. Die Zuwanderer kamen aus dem Umland mit seiner darniederliegenden Landwirtschaft und aus dem Osten, vor allem aus Polen und Rußland. In der Stadt erschienen fremdsprachige Zeitungen für die verschiedenen Nationalitäten.

Viele Kulturen - eine Zukunft

In sehr vielen Bereichen gibt es für uns in den neuen Bundesländern einen Neuanfang. So auch in der Möglichkeit mit anderen, fremden Kulturen in einer neuen und offenen Weise zusammenzutreffen. Bewohner aus der ehemaligen DDR hatten in der Regel nur Möglichkeiten in östliche und südöstliche Länder zu reisen wie in die CFSR, Ungarn, Bulgarien, Polen (unterbrochen durch die gesellschaftlichen Veränderungen für eine Reihe von Jahren), in die SU und Rumänien fast ausschließlich mit organisiertem Tourismus. Auf Regierungsabkommen lebten ca. 80.000 arbeitende Ausländer bei uns - in der Mehrzahl Vietnamesen und Mocambiquaner - und einige Tausend ausländische Studenten. Alle waren und sind in Wohnheimen untergebracht, die ausländischen Werktätigen relativ ghettoisiert. Sie hatten eigene Betreuer, so daß viele Deutsche nie näher mit ihnen in Berührung kamen, noch etwas von ihrer Kultur erfuhren. In der Öffentlichkeit wurde nichts über ihre Lebensumstände und Probleme bekannt gemacht. Die Länder, die

bei uns vertreten waren, waren meist solche, deren Regierungen mit der DDR-Regierung in besonders engem Kontakt standen und zumeist sozialistisch ausgerichtet waren.

Nun hat sich unsere Situation bezüglich der Ausländer seit Beginn des Jahres gründlich verändert: Die Tore zur Welt haben sich seit Ende 1989 für die ehemalige DDR geöffnet. Die gewonnene Freiheit macht die Menschen in unseren Ländern glücklich und froh. Das heißt für uns aber auch, daß wir die Tore offen halten müssen für alle und besonders für die, die in ihrer Heimat politisch verfolgt oder aus religiösen, ethnischen oder rassischen Gründen diskriminiert werden.

Wie sieht das konkret in Halle aus, einer Stadt von rund 300.000 Einwohnern? Durch die sich immer stärker ausbildende soziale Problematik in den neuen Bundesländern - insbesondere die steigenden Zahlen der Arbeitslosen - wurde ein hoher Anteil ausländischer Arbeiter bereits in ihre Heimatländer zurückgeführt. Hierbei gibt es viele Schicksale und Härten. Schon im Dezember erfuhren wir vom Ausländerbeauftragten, daß jeden Tag mit dem Kommen von Asylbewerbern zu rechnen sei. Es kamen zunächst aber nur in die Umgebung von Halle einige Aussiedler und Familien sowjetischer Juden. Zu Beginn des Jahres war es dann soweit: Fieberhaft wurde ein Wohnblock - ehemals als Wohnunterkunft von arbeitenden Mocambiquanern genutzt - für Asylbewerber vorbereitet. Niemand wußte, aus welchen Ländern diese Menschen kommen werden, in welcher Verfassung sie sind und welche Vorstellungen sie von unserem Land haben. Mitte Januar kamen 126 Asylsuchende aus 30 verschiedenen Ländern, z.B. aus Indien, Pakistan, Algerien, Türkei, Ghana, Afghanistan, Rumänien, Litauen, Estland, Vietnam, Sri Lanka, Mali, Philippinen, Zaire, China, Nigeria, also aus ganz unterschiedlichen Kulturen und Sprachen. Dabei sind viele Länder vertreten, mit denen wir in den neuen Bundesländern bislang keine Berührung hatten. Für uns alle ist diese Arbeit Neuland. Die Asylsuchenden wohnen in Wohneinheiten von 6-8 Personen, in denen sie sich auch selbst die Mahlzeiten bereiten können. Als wir - das sind einige Vertreter aus unserer Initiative "Eine-Welt-Haus Halle e.V." - einige Tage nach der Ankunft im Heim das erstmal einen Besuch machten, entwickelten wir mit den dort Tätigen die Idee einer ehrenamtlich organisierten Sprachförderung für die ausländischen Gäste. Acht Lehrerinnen luden wir ein zu unseren "Cabana-Abenden", 14tägig gemeinsamen Begegnungsabenden von AusländerInnen und InländerInnen. Es kamen uns aber auch Fragen: Wie können wir die fast unvorbereiteten Einwohner Halles auf die Asylbewerber einstellen, ist es möglich, an den "Cabana-Abenden" arbeitende Ausländer mit den Asylsuchenden zusammenzuführen? Wie werden wir den Menschen aus den vielen fremden Kulturen und Religionen einigermaßen gerecht? Wie können wir ihre Empfindungen und Gefühle wahrnehmen, wie ihre Erwartungen erkennen? Wie können wir sie vor allem rechtlich beraten?

Am Freitag, dem 1. März, erschien das erste Mal eine Gruppe aus dem Asylwohnheim zum "Cabana-Abend": Sultan mit fünf anderen jungen Männern aus Pakistan und Indien. Unser Glück war, daß Sultan dolmetschen konnte, weil er bereits in der Heimat etwas Deutsch gelernt hatte. Ich staunte nicht wenig, als schon nach kurzer Zeit von dieser Gruppe religiöse Fragen und Interessen auch an unserem Glauben geäußert wurde. Beim Abschied versprach Sultan uns, in der kommenden Zeit mit seinen Freunden ein heimatliches Gericht zuzubereiten.

Omar, ein Kurde, der bereits ein wenig länger hier lebt, schilderte uns die schlimme Situation der Kurden im Irak. In der kommenden Woche werden Familien, die sich als Kontaktfamilien für einen Asylsuchenden zur Verfügung stellen wollen, zu einem vorbereitenden Gespräch zusammengerufen. 60 Familien haben sich für einen solchen Kontakt interessiert. Ob es uns gelingen wird, eine ausländerfreundliche Atmosphäre in Halle zu schaffen und vielen Hallensern zu ermöglichen, fremde Kulturen durch eigene Erfahrungen besser kennenzulernen? Ist dies unter Umständen eine Möglichkeit, die Probleme von Gerechtigkeit, Frieden und Schöpfungsbewahrung in der Welt in gemeinsamer Verantwortung bearbeiten zu können?



Argumente gegen Vorurteile

Gegen die Ausländerfeindlichkeit in der Bundesrepublik

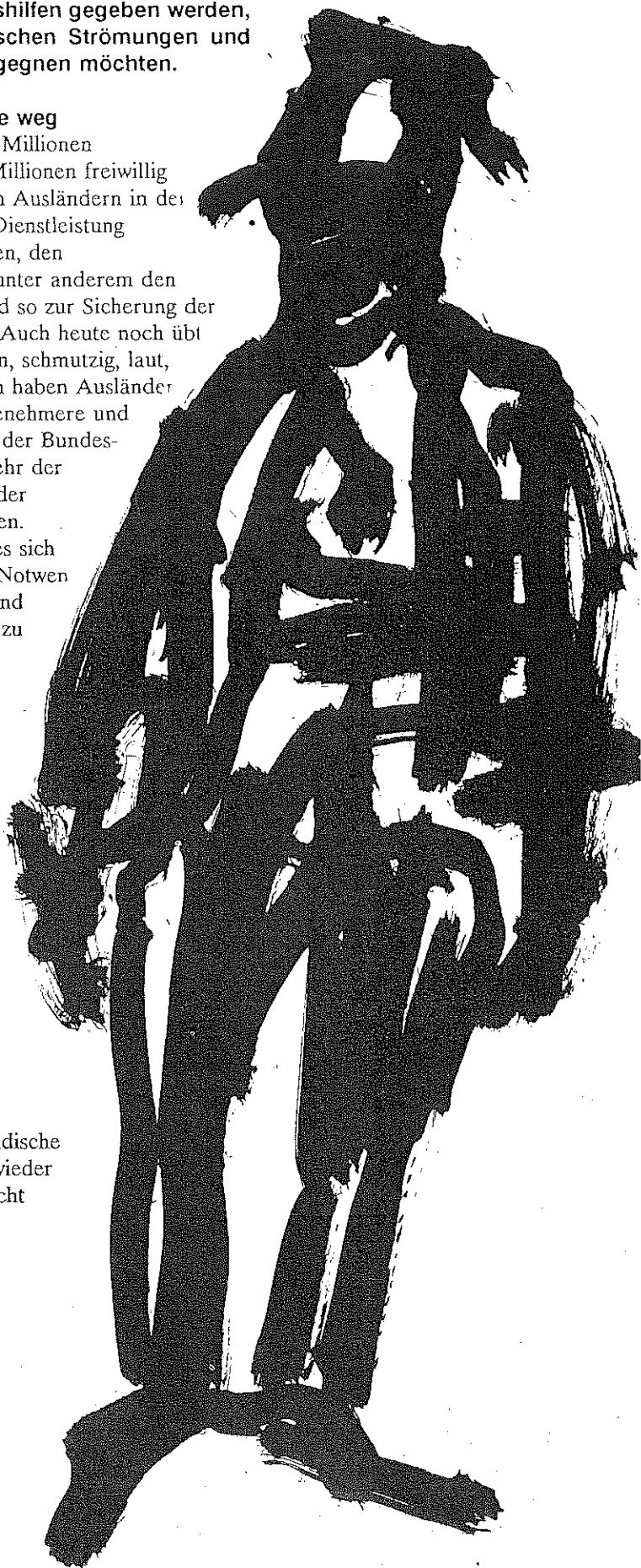
Mit diesem Artikel soll all denen erste Argumentationshilfen gegeben werden, die sich mit fremdenfeindlichen und antidemokratischen Strömungen und Aktivitäten auseinandersetzen und ihnen offensiv begegnen möchten.

VORURTEIL: Ausländer nehmen uns die Arbeitsplätze weg

Von 1955 bis 1973 wurden von der Bundesrepublik ca. 14 Millionen Ausländer als Arbeitskräfte angeworben. Davon sind elf Millionen freiwillig in die Heimat zurückgekehrt. Von den rund vier Millionen Ausländern in der Bundesrepublik sind etwa 1,6 Millionen in Industrie und Dienstleistung beschäftigt. Die ausländischen Arbeitnehmer haben geholfen, den Arbeitskräftemangel zu überbrücken. Dadurch haben sie unter anderem den Rationalisierungs- und Automatisierungsschub verzögert und so zur Sicherung der Arbeitsplätze auch ihrer deutschen Kollegen beigetragen. Auch heute noch übt der größte Teil von ihnen Tätigkeiten aus, die als monoton, schmutzig, laut, gefährlich, ungesund und schlecht bezahlt gelten. Dadurch haben Ausländer nicht selten deutschen Arbeitskollegen ermöglicht, in angenehmere und besser bezahlte Positionen aufzurücken. Die Erfahrungen der Bundesanstalt für Arbeit lassen befürchten, daß bei einer Rückkehr der Ausländer in ihre Heimatländer viele Arbeitsplätze trotz der hohen Arbeitslosigkeit nicht wieder besetzt werden könnten. Außerdem sprechen Vertreter der Industrie angesichts des sich abzeichnenden Nachwuchsmangels bereits heute von der Notwendigkeit, den 1973 verordneten Anwerbestop aufzuheben und erneut ausländische Arbeitnehmer in die Bundesrepublik zu holen.

VORURTEIL: Ausländer leben auf unsere Kosten

Ausländische Arbeitnehmer zahlen jährlich ca. zehn Milliarden DM an Lohn- und Einkommenssteuer. Aufgrund ihrer Leistungen erwerben sie, wie jeder Arbeitnehmer, Ansprüche und Rechte hinsichtlich der sozialen Absicherung. Bisher profitiert unsere Gesellschaft im Hinblick auf unsere Altersversorgung, da die ausländischen Arbeitnehmer jung ins Land gekommen sind. Angesichts der Tatsache, daß der Anteil der Älteren Deutschen rapide wächst, tragen auch die nachfolgenden Ausländergenerationen wesentlich zu unserer Altersversicherung bei. Im übrigen sind bei der ersten Ausländergeneration sämtliche Kosten für Erziehung und Ausbildung von den Heimatländern getragen worden. Für die Rentenversicherung, dem größten Posten im sozialen Sicherungsnetz, zahlen ausländische Arbeitnehmer in der Regel wesentlich mehr ein, als sie wieder herausbekommen können, da notwendige Wartezeiten nicht erfüllt sind, die Anrechnung auf Ausbildung und frühere Berufsausbildung entfällt, die Voraussetzungen für Beitragsrückerstattung nicht vorliegen usw. Hinsichtlich der Arbeitslosenunterstützung und der Sozialhilfe gibt es unter den Ausländern prozentual weniger Leistungsempfänger als bei der deutschen Bevölkerung. Mangelnde Information oder die Befürchtung, bei der Inanspruchnahme von Sozialhilfe ausgewiesen zu werden, haben dazu geführt, daß die Ausländer in sozialer Not ihren Anspruch auf Sozialhilfe bisher nur sehr zurückhaltend in Anspruch genommen haben. Obwohl



ausländische Arbeitnehmer oft körperlich und psychisch besonders belastende oder gefährliche Arbeiten verrichten, ist ihre Krankheitsrate nicht höher als die von deutschen Arbeitnehmern. Die Ausländer leben also in keiner Weise auf unsere Kosten, im Gegenteil, sie stützen die Sozialversicherungen.

VORURTEIL: Ausländer nehmen uns die Wohnungen weg

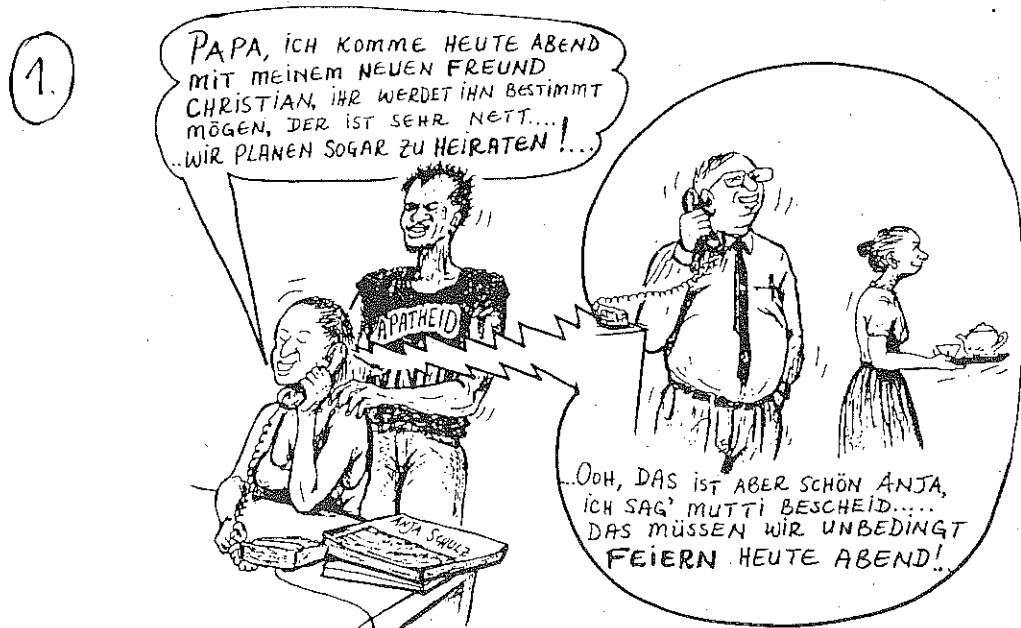
Lange Zeit haben Ausländer den Wohnraum genutzt, der für viele Deutsche nicht attraktiv war. Viele dieser sanierungsbedürftigen Altbauten wären abgerissen worden, hätte man sie nicht an die Ausländer vermieten können. Es erfolgte dadurch eine Konzentration von Ausländern in bestimmten Wohngebieten. Auf dem allgemeinen Wohnungsmarkt werden Ausländer immer noch benachteiligt. Ausländische Familien mit Kindern haben größere Schwierigkeiten als deutsche. Die gegenwärtige Knappheit an Wohnraum trifft die einkommensschwache und die ausländische Bevölkerung besonders. Die Situation, stark angespannt durch den Zuzug vieler Übersiedler und deutscher Aussiedler, erfordert staatlich geförderte Wohnungsbauprogramme. Nicht Ausländer oder Aussiedler haben die Probleme auf dem Wohnungsmarkt verursacht. Vielmehr gehen diese auf politische Versäumnisse und eine Fehleinschätzung des Wohnungsmarktes durch die Bundesregierung zurück.

VORURTEIL: Ausländische Kinder drosseln das Lerntempo in den Schulen

Ausländische Kinder, die unser Bildungssystem von Beginn an durchlaufen, haben nicht mehr Probleme als deutsche Kinder. Natürlich benötigen neu dazu kommende Kinder besondere Hilfe. Der Umstand, daß die meisten ausländischen Kinder nach der Grundschule die Hauptschule besuchen, ist ein Ausdruck der allgemeinen Bildungsmisere von der deutsche Kinder aus denselben sozialen Schichten ebenso betroffen sind. Die Zahl der ausländischen Kinder, die weiterführende Schulen besuchen, steigt zunehmend. Sie bereichern erwiesen das kulturelle Niveau ihrer Schulen und helfen so, dem Bildungsauftrag der Kultusminister zu entsprechen, die zum interkulturellen Lernen und Erziehen aufrufen.

VORURTEIL: Ausländer wollen sich nicht integrieren

Gerade bei der zweiten und dritten Generation der hier lebenden Ausländer ist die Bereitschaft groß, sich in die deutsche Gesellschaft zu integrieren, da sie kaum noch Rückkehrpläne haben. Sie arbeiten verstärkt in deutschen Organisationen mit, streben bessere Wohnverhältnisse an und richten ihr Spar- und Konsumverhalten auf den Verbleib aus. Integration bedeutet aber nicht eine einseitige Anpassung an deutsche Denk- und Verhaltensweisen. Ausländer fühlen sich in der Regel ihrer Heimat eng verbunden. Traditionen werden weiter gepflegt (Religion und religiöses Brauchtum) sowie die sozialen Lebensformen (Familienbindungen, Nachbarschaftskontakte). Bereitschaft zur Integration steht in Wechselwirkung zur Akzeptanz der Ausländer durch die deutsche Bevölkerung und der Toleranz anderer Werte und Verhaltensweisen. Ablehnung oder gar Feindschaft führt notgedrungen zum Rückzug in die eigene Gruppe und zum Festklammern an den eigenen kulturellen Traditionen. Integration erfordert also die Bereitschaft sowohl der ausländischen als auch der deutschen Bevölkerung, miteinander leben zu wollen. Von deutscher Seite muß sie sich auch in einer Ausländergesetzgebung ausdrücken, die den Ausländern hinreichend Rechtssicherheit gewährt, sie vor behördlicher Willkür schützt und letztlich den Respekt vor den Menschen sichert.



VORURTEIL: Ausländer überfremden uns

Begriffe wie "Ausländerflut", Ausländerschwemme" oder "Überfremdung" sollen signalisieren, daß die Identität des deutschen Volkes bedroht sei. Mit solchen Begriffen werden Ängste geschürt und Abwehr gegen Ausländer hervorgerufen. Dieses Vorurteil hat seine Wurzeln im völkischen und rassistischen Denken. Es ist, wie auch die deutsche Geschichte zeigt, dann zu finden, wenn in der Gesellschaft größere wirtschaftliche und soziale Probleme auftreten. Unterschwellig drückt es die Suche nach Sündenböcken aus: Die Ausländer werden für die wirtschaftlichen und sozialen Probleme in der Gesellschaft haftbar gemacht. Die Bundesrepublik ist aber keineswegs ein Land mit einem besonders hohen Ausländeranteil. Sieben Prozent der Bevölkerung. Zum Vergleich: in Luxemburg leben 26 Prozent, in der Schweiz 15, in Belgien zehn und in Frankreich acht Prozent. Niemand hat uns "überflutet". Die deutsche Wirtschaft hat die Ausländer aus wirtschaftlichen Gründen ins Land geholt. Fast 75 Prozent der Ausländer leben länger als zehn Jahre unter uns. Für ca. eine Million gilt die Freizügigkeit der EG-Bürger. Die kulturelle Vielfalt stellt eine Bereicherung dar. Sie ist deshalb in unser aller Interesse. Allerdings setzt dies voraus, daß wir die Ausländer als gleichberechtigte BürgerInnen akzeptieren und sie nicht für Probleme haftbar machen, für die sie keine Verantwortung tragen.

VORURTEIL: Ausländer sind aggressiv und kriminell

Eine differenzierte Analyse der Kriminalstatistik zeigt, daß Ausländer keineswegs krimineller sind als Deutsche. Die Kriminalstatistik verleitet Nichteingeweihte zu Fehldeutungen:

- Der ausländischen Wohnbevölkerung werden Straftaten zugerechnet, die von Stationierungstreitkräften, Touristen und illegal hier Lebenden begangen werden.
- Mitgezählt werden Verstöße gegen das Ausländerrecht, die von Deutschen nicht begangen werden können.
- Da mit zunehmenden Alter Straftaten nachweisbar weniger häufig begangen werden, muß bei einem Kriminalitätsvergleich berücksichtigt werden, daß die Deutschen immer noch über weit bessere Bildungs- und Einkommensvoraussetzungen verfügen als die Ausländer.
- Schließlich ist zu berücksichtigen, daß die Zahl der tatsächlich verurteilten Ausländer sehr viel geringer ist als die Angeklagten. Ausländer werden offensichtlich eher verdächtigt als Inländer.

VORURTEIL: Ausländer nutzen unser Asylrecht aus

Die Diskussion um die Asylbewerber wird vielfach genutzt, um die Ausländer zu diskriminieren und Sündenböcke für soziale und wirtschaftliche Probleme in unserer Gesellschaft zu suchen. So läuft seit einiger Zeit wieder eine gehässige Stimmungsmache gegen Asylbewerber. Dies auf drei Ebenen:

- Viele bestreiten die politische Verfolgung der Flüchtlinge und vergessen dabei, daß politische und soziale Verfolgung zumeist nicht zu trennen sind. Insofern ist das böse Wort von den "Wirtschaftsasylanten" falsch. Fehlgriffe deutscher Behörden, wie zum Beispiel die Feststellung, daß die zu erwartende Folterung eines Kurden keine politische Verfolgung darstelle, zeugen von einer ausländerfeindlichen und menschenverachtenden Haltung. So Abgelehnte können sich dann nur noch auf die Genfer Flüchtlingskonvention berufen, die eine Abschiebung verbietet, wenn Gefahr für Leib und Leben droht.



© DAV KYUNGU 11. 9. 90.

„ICH HABE NICHTS GEGEN SCHWARZE, NEIN, ABER
ICH BIN PRINZIPIELL GEGEN RASSENMISCHUNG:
- DIE TIERE BLEIBEN JA AUCH IN DER RASSE -“

— EIN HOCHRANGIGER DEUTSCHER POLITIKER —

-Hinsichtlich der Zahl der Asylbewerber werden oft Horrorzahlen zum Zweck der Panikmache präsentiert. Von den großen Flüchtlingsströmen dieser Welt erreicht nur ein ganz kleiner Bruchteil Westeuropa und die Bundesrepublik.

-Der dritte Vorwurf betrifft die Ausnutzung unseres Sozialsystems. Die langfristige Unterbringung in Sammelunterkünften sowie die Zuteilung von Sachwerten (Lebensmitteln und Kleidung) statt Geld auf der Grundlage des Sozialhilfesatzes sprechen eine ganz andere Sprache. Überdies unterliegen sie einem Arbeitsverbot und können daher keine Sozialversicherungsbeiträge zahlen.

Wir sollten uns hinsichtlich des Flüchtlingsproblems gerade in Erinnerung der eigenen Geschichte besinnen: Es gilt, sich jeder Verschärfung auf nationaler oder europäischer Ebene zu widersetzen. Das Asylrecht wurde ins Grundgesetz aufgenommen, weil viele Flüchtlinge, die während des Nazi-Regimes um ihr Leben fürchteten, bei anderen Ländern vor verschlossenen Grenzen standen. Flüchtlinge verdienen in besonderer Weise unsere Anteilnahme und Solidarität.

(veröffentlicht durch: "wir e.V. Forum für besseres Verständnis zwischen Deutschen und Ausländern")

Gegen Abschiebung von Kurden in die Türkei

Eine Presseerklärung der Evangelischen Kirchengemeinde Zum Heiligen Kreuz/Berlin

Der Arbeitskreis "Asyl in der Kirche" der Kirchengemeinde Heilig Kreuz in Berlin hat im Mai gegen die Abschiebung von Kurden in die Türkei protestiert. In einem Brief an den zuständigen Senator Dr. Heckelmann wandte sich der Arbeitskreis mit der dringenden Bitte an den Senat, weitere Abschiebungen auszusetzen:

Sehr geehrter Herr Senator Prof. Heckelmann!

Wie wir erfahren haben, sind in den letzten Tagen die beiden Kurden Hci Ekigi und Bayram Demir aus der Abschiebehafte heraus in die Türkei abgeschoben worden, obwohl das Abgeordnetenhaus in einem einmütigen Beschluß am 11. April 1991 festgestellt hat, es sei eine Selbstverständlichkeit, daß heute in Deutschland lebende gefährdete Kurden nicht in das Krisengebiet zurückgeschickt werden. Wir halten es für ebenfalls selbstverständlich, daß unter den gegenwärtigen politischen Verhältnissen die Türkei als Krisengebiet für Kurden eingestuft werden muß. Nach unseren Informationen bestand darüber beim Beschluß des Abgeordnetenhauses auch kein Zweifel. Wir haben Sie bereits im Februar d. J. und erneut im April aufgefordert, einen Abschiebestopp für Kurden zu verfügen und die in Abschiebehafte befindlichen, darunter einen der jetzt abgeschobenen, zu entlassen. Die von Staatssekretär Dr. Jäger uns am 15. April übermittelte Antwort ist unzutreffend und befriedigt uns nicht. Das neue Ausländergesetz ermöglicht den Ländern sehr wohl zeitlich auf 6 Monate befristete Abschiebestopps. So verfahren ja inzwischen auch andere Bundesländer. Außerdem hätten Sie die Möglichkeit, wenn der politische Wille dazu da wäre, beim Bundesinnenminister auf eine derartige Regelung hinzuwirken. Nunmehr ist uns mitgeteilt worden, daß die Ausländerbehörde beabsichtigt, am Sonnabend vor Pfingsten einen weiteren in Abschiebehafte befindlichen Kurden, für den wir uns bei Ihnen eingesetzt hatten, abzuschicken. Wir fordern Sie erneut und dringlich auf diese Abschiebung zu verhindern. Sie widerspricht dem Beschluß des Abgeordnetenhauses, der gegenwärtigen Praxis der Mehrheit der übrigen Bundesländer und dem Gesichtspunkt des Vorrangs praktisch humanitärer Hilfe vor einem abstrakt staatspolitischen Interesse.

Wir bitten Sie hiermit, uns kurzfristig Gelegenheit zu einem Gespräch mit Ihnen zu geben und solange auf die geplante Abschiebung zu verzichten.

Für den Arbeitskreis Asyl in der Kirche

Elisabeth Reese,
Jürgen Quandt

Vereinbarung über polnische Arbeitnehmer in Deutschland

Die Vereinbarungen der Minister Kuroń und Blüm über die Beschäftigung polnischer Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland im einzelnen:

Mit einer Änderungsvereinbarung wird das Grundkontingent für die Beschäftigung polnischer Arbeitnehmer zur Ausführung von Werkverträgen in der Bundesrepublik Deutschland um 10.000 auf 21.670 nahezu verdoppelt. Zusätzlich werden ein auf drei Jahre befristetes Zusatzkontingent von 8.000 Arbeitnehmern im Baubereich sowie ein unbefristetes Zusatzkontingent von 5.000 Arbeitnehmern für die Zusammenarbeit mit kleineren und mittleren deutschen Unternehmen geschaffen. Unbefristet ist auch ein Sonderkontingent für 500 Restauratoren.

Werkvertragsarbeitnehmer

35.170 polnische Arbeitnehmer können im Jahresdurchschnitt zur Ausführung von Werkverträgen im Bundesgebiet beschäftigt werden.

Gastarbeitnehmer

Zur Erweiterung ihrer beruflichen und sprachlichen Kenntnisse können im Rahmen der deutsch-polnischen Gastarbeitnehmervereinbarung jährlich bis zum 1.000 polnische Arbeitnehmer im Alter von 18 bis 35 Jahren mit abgeschlossener Berufsausbildung und Grundkenntnissen der deutschen Sprache zu bis zu 18monatigen Beschäftigungen bei deutschen Arbeitgebern zugelassen werden.

Grenzgänger

Unter Berücksichtigung des Vorrangs Deutscher wird polnischen Arbeitnehmern - ohne zahlenmäßige Begrenzung - ab 1991 die Möglichkeit eröffnet, eine Beschäftigung als Grenzgänger (Tagespendler) aufzunehmen.

Saisonarbeitnehmer

Ohne zahlenmäßige Begrenzung und ohne Einschränkung auf bestimmte Wirtschaftsbereiche (bisher nur Landwirtschaft) können polnische Arbeitnehmer als Saisonarbeiter im Rahmen eines zwischen den Arbeitsverwaltungen beider Länder vereinbarten Verfahrens zu Beschäftigungen von bis zu drei Monaten innerhalb eines Jahres zugelassen werden, soweit keine inländischen Bewerber zur Verfügung stehen.

Studenten

Polnische Studenten kann künftig ohne zahlenmäßige Begrenzung im Rahmen der vorhandenen Beschäftigungsmöglichkeiten eine Ferienbeschäftigung in Deutschland vermittelt werden (Obergrenze bisher 300 Studenten).

(aus: Dialog 1/91)

Ausländer im Land Brandenburg

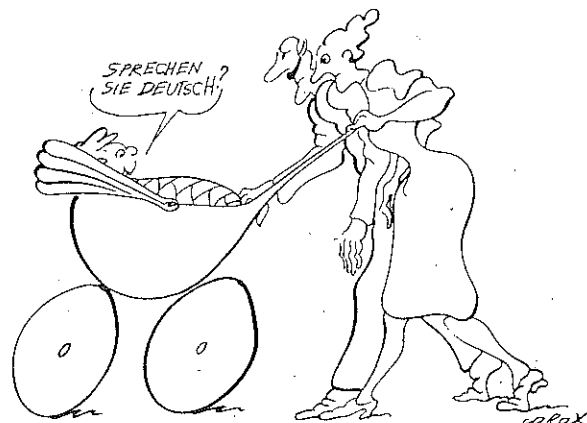
Statistik aus dem Büro der Ausländerbeauftragten
des Landes Brandenburg:

(Stand 15.5.91)

ausgewählte Herkunftsländer:

Angola	101
Bulgarien	581
Chile	95
CSFR	359
Yugoslawien	423
Kuba	217
Mocambique	387
Polen	6887
Rumänien	238
UdSSR (ohne Armee)	2383
Ungarn	1877
Vietnam	2181
Staatenlose	180

AusländerInnen -Gesamt: 16964





Ein Bus wird kommen...

Im Zusammenhang mit Ausländern und Asylbewerbern sind die Berichte der Medien in der Regel sehr einseitig - das Negative, das Kritische, das Skandalöse wird hervorgehoben. Positive Beispiele, die zugleich Anregungen und Ideen vermitteln, gelangen selten in die Öffentlichkeit. Wir möchten in N&F gerne solche Beispiele bekanntmachen - wenn Sie uns darauf aufmerksam machen oder selber einen Beitrag verfassen.

Nachfolgendes Beispiel stammt aus Schöneiche, einem im Land Brandenburg gelegenen Ort des Berliner Umlandes. Schon im vergangenen Jahr zeigte sie die Aufgeschlossenheit der Kommune für die uns bewegenden Anliegen: der Bürgermeister hatte einer durchziehende Gruppe Roma eine Woche den Sportplatz als Lagerplatz eingeräumt - eine friedliche Lösung für alle Beteiligten. Noch hat der Ort keine Ausländer oder Asylbewerber in seinen Grenzen. Aber man weiß, daß man sich nicht vor der gemeinsamen Verantwortung drücken kann und will daher rechtzeitig und vorsorglich durch eine breit angelegte Öffentlichkeitsarbeit die Bereitschaft der Bewohner und Bewohnerinnen stärken, auf Ausländer zuzugehen, Schritt für Schritt Kenntnisse und ein sachgemäßes Problembewußtsein schaffen und bereits jetzt über organisatorische Einzelfragen nachdenken. Aus diesem Grunde haben sich verschiedene Gruppen zu einem Rundgespräch getroffen, an dem auch die Ausländerbeauftragte der Landesregierung teilnahm. Im Ergebnis dieses "Runden Tisches" veröffentlichte die Lokalzeitung den folgenden Artikel.

Später wurden erste Studienreisen zum Zentralen Aufnahmeheim des Landes und Bildungsmaßnahmen in den Schulen des Ortes verabredet.



Ein Bus wird kommen...

... und es werden ihm Menschen entsteigen, die uns fremd sind. Die Gemeinde Schöneiche wird ihnen provisorische Unterkunft geben, möglicherweise in Wohncontainern auf einem gemeindeeigenen unbebauten Grundstück. Voraussichtlich werden es Asylbewerber sein, also Menschen, deren Notlage so groß war, daß sie ihre geliebte angestammte Heimat verlassen haben und bei uns um Aufnahme bitten.

Bei politisch Verfolgten wird diese Bitte erfüllt werden, bei "nur" wirtschaftlicher



Notlage wird sie abgelehnt werden. Bis aber entschieden worden ist, gibt ihnen Deutschland die Möglichkeit, hier zu leben - mit einer erheblichen Einschränkung: Sie dürfen sich keine Arbeit suchen.

Daß Schöneiche diese Menschen aufnehmen wird, steht aus mehreren Gründen völlig außer Frage.

1. Die Gastfreundschaft ist eines der ältesten und heiligsten Kulturgüter der Menschheit. Würden wir es mißachten, ginge unsere eigene Menschenwürde verloren.

2. Das Grundgesetz, dem wir beigetreten sind, gebietet eindeutig: "Politisch Verfolgte genießen Asylrecht". Daraus ergibt sich mit juristischer und menschlicher Selbstverständlichkeit, daß jedem Antragsteller Aufenthalt gewährt wird, bis über seinen Antrag entschieden ist (auch wenn die überwiegende Zahl der Anträge abgelehnt wird). Die Antragsteller werden vom Bund auf die Länder verteilt, von den Ländern auf die Gemeinden. Nur in dieser Gemeinsamkeit läßt sich das Gebot des Grundgesetzes erfüllen.

3. Von 1933 bis 1989 haben Millionen von Deutschen am eigenen Leibe verspürt, wie wichtig es ist, Aufnahme zu finden, wenn man die Heimat verlassen hat: Erst waren es die Flüchtlinge aus Nazideutschland. Dann kamen die Vertriebenen aus den Ostgebieten (auch nach Schöneiche, also auch unter uns sind viele, die 1945 Solidarität erfahren haben und daher wissen, wie wichtig sie ist). Und wiederum Millionen sind in der DDR-Zeit geflohen, in den Geltungsbereich eben dieses Grundgesetzes, und die Menschen dort haben geholfen, es an ihnen zu ihrem Wohle zu erfüllen. Westdeutschland kann also mit Fug und Recht erwarten, daß wir nun die Last des Asylrechts mittragen, die sie ebenfalls schon lange haben.

4. Noch sind wir in der Wirtschaftsmisere. Aber der Ausgleich der Lebensverhältnisse muß kommen. Auch das ist keine Fragen, auch das ist Grundgesetzgebot. Wenn wir das eine wollen, müssen wir das andere mögen.

Es wird Probleme geben. Wir werden Ängste abbauen müssen: Bedrohungsängste auf beiden Seiten. Sechzig Jahre Erziehung zur Intoleranz liegen hinter uns. Sie haben ihre Spuren hinterlassen. In verbrecherischer Weise ist uns etwas vorenthalten worden: die Einübung weltoffenen Denkens, die positive Neugier auf andersartige Kulturen - und auch die Bewältigung dessen, was uns stört: gelassenes Ertragen, wenn es harmlos ist; Ruf nach Gesetz und Polizei, wenn es gefährlich wird. Schwarze Schafe gibt es in jedem Volk, auch in unserem eigenen. (Wichtig ist, auch von den Fremden einmal ganz abgesehen, eine bessere Polizei.)

Die Fremden sind uns eine Chance. An den Aufgaben, vor die sie uns stellen, werden wir wachsen. Wir werden aktiver, weltoffener, toleranter. Sie werden unsere Hilfe brauchen, vor allem beim Umgang mit Behörden wegen des Sprachenproblems. Deshalb sind wir im Mai zum Gespräch zusammengekommen: Vertreter aus den Schulen, der beiden Kirchengemeinden und fast alle Parteien. Eingeladen hatte die SPD, und die katholische Gemeinde stellte den Raum zur Verfügung. Zugegen waren, mit großem Engagement, der Bürgermeister und die Ausländerbeauftragte des Landes Brandenburg. Die Anwesenden verständigten sich erst darüber, wie die Problemlage ist, und dann, welche Aufgaben daraus erwachsen. Es hat sich eine Arbeitsgruppe gebildet. Wer Hinweise oder Hilfe anbieten möchte, wende sich an uns.

(Artikel von Herbert Küstner aus: Neue Schöneicher Nachrichten Nr. 21/1991 v. 25.5.91)

**Nicht die Folter wird mich
in Schrecken versetzen,
oder das letztendliche
Umfallen des Körpers,
Nicht die Fässer der toten Gewehre
oder der Schatten auf der Wand,
Nicht die Nacht,
wenn der letzte schwache Stern der Schmerzen
zu Boden geschleudert wird,
aber die blinde Gleichgültigkeit
von der unbarmherzigen,
der gefühllosen Welt.**

Rasmussen

Wenn man seine Träume nicht verfolgt, siecht man langsam hin

"Wenn man seine Träume nicht verfolgt, siecht man langsam dahin. Egal, wie lange der Körper gesund und vital bleibt, der Geist vertrocknet, die Seele vergeht, läßt nur eine leere Hülle zurück, eine Hülse ohne psychische Energie. Der Traum ist die Saat und wenn man ihn begräbt, bleibt er verborgen wie ein ungeborenes Kind, vergiftet Körper und Geist, ein verwesendes Klümpchen, das sich zu etwas Erhabenem und Schönem hätte entwickeln können. Ich weiß nicht, ob es wichtig ist, daß der Traum sich je erfüllt, doch es muß immer offen bleiben, daß er wahr werden könnte." Dies las ich kürzlich in einem Buch und ich mußte über meinen Traum nachdenken.

Mein Traum war Afrika, ist es auch noch heute. Diesen Traum verfolgte ich ganz intensiv, unterstützt noch durch die vielen Kontakte zu mocambiquanischen Arbeitern, die mir über ihre Heimat berichteten. Er wurde langsam Wirklichkeit, Schritt für Schritt, erst die Einladung nach Mocambique, die Grenzöffnung, die Einführung der D-Mark, die eigentlich das Reisen erst ermöglichte, und zuletzt die Erteilung des Visums. Am 7. März ging es dann los mit dem Flugzeug ab Berlin-Tegel über Köln, London, Nairobi, Johannesburg nach Maputo. Afrika begrüßte mich sehr freundlich. Ich

sah vom Flugzeug aus die Wüste in Ägypten, das Rote Meer als langen blau-grauen Streifen, die Gebirge des Sudan, den schneebedeckten Kilimandscharo, den Malawi-See.

Maputo - was erwartete mich? Vier Wochen Zusammenleben mit einer afrikanischen Familie, die ich noch nicht kannte, vier Wochen in einer fremden Kultur. Ich war neugierig.

Die Tage waren dann auch randvoll ausgelastet, fast zuviel für die kurze Zeit.

Ich wohnte in Malhangalene. Meine Gastgeber hatten beide Arbeit - etwas, was für Mocambique nicht selbstverständlich ist - und wohnten in einem festen Haus. Die Familie nahm mich auf, als würde ich schon immer dazugehören, es war keine Fremdheit zwischen uns. Ich fühlte mich sofort zu Hause. Vormittags besorgten die Kinder (Mädchen zwischen 13 und 17 Jahren) den Haushalt. Sie machten sauber, wuschen die Wäsche und bereiteten das Essen vor. Am Nachmittag gingen sie dann zur Schule. Abends saßen wir oft zusammen, sangen und tanzten miteinander und unterhielten uns, manchmal bis spät in die Nacht.

Auch das Leben an sich in dieser afrikanischen Stadt faszinierte mich, es war so ganz anders als ich es bisher kannte. Überall quirlendes Leben, überall Kinder. Auch nach Geschäftsschluß kehrte keine Ruhe ein. Die Straßen blieben bis in die Nacht hinein belebt.

Ich sah aber auch überall die Not. Schlechte Wohnungen ohne Strom, Wasser und Kanalisation. Bettler, verkrüppelt und blind, um die sich niemand zu kümmern schien. Menschen, die im Müll nach Eßbarem suchten und Hunger überall. Ich sah Frauen mit verkrüppelten Beinen, die auf ihren Knien durch den Straßenstaub krochen, Ich fragte mich, was diese Frauen machen, wenn es regnet. Sie brauchten ganz dringend Rollstühle.

In Chamanculo, Mavalane und Polana-canico wohnten meine Freunde, und dort besuchte ich sie auch. Sie sind Rückkehrer aus Deutschland, fanden aber zu Hause keine Arbeit mehr. Anfangs hatten sie noch das transferierte Geld zur Verfügung, aber das war schnell aufgebraucht. Keine Arbeit, keinen Lohn, keine Unterstützung - was bleibt ist der Hunger und auch die Unzufriedenheit, denn sie haben in Deutschland über Jahre besser gelebt.

Können wir uns vorstellen, was es heißt, mit 18 anderen Personen in einer 3-Zimmer-Wohnung zu leben? Können wir den Begriff "Armut" in seiner ganzen Bedeutung überhaupt richtig ermessen? Wir stehen doch trotz aller Schwierigkeiten durch die Umstrukturierung in unserem Land immer noch auf der Sonnenseite des Lebens.

Mocambique hat noch keinen Frieden, die Wirtschaft ist weitestgehend zerstört, Arbeitsplätze gibt es viel zu wenige, Arbeitslosenunterstützung überhaupt nicht. In dieser Situation sollten wir die Menschen nicht im Stich lassen. Wir können für sie beten, sie finanziell und materiell unterstützen und vor allem den Kontakt zu ihnen halten. Uns macht das nicht ärmer - im Gegenteil.

Gisela Zeisig

Zu nebenstehendem Artikel hier ein

Kommentar:

- Frau Zeisigs Artikel beginnt mit einem Traum und endet beinahe in trauriger Realität, d.h. sie endet eigentlich mit der Bitte um Unterstützung und Kontakthalten zu den Menschen, die hier bei uns und mit uns gelebt haben. Meistens haben wir sie damals kaum wahrgenommen - und sie sind abgefahren ohne Verabschiedungszeremonien, ohne Feste, ohne Beteuerung und Freude auf ein Wiedersehen, ja ohne Freude auf zu Hause oftmals, weil sie die Situation dort schon ahnten. Wir wissen nun - aus Berichten in den Medien und aus persönlichen Briefen, wie schlimm die ehemaligen "Gastarbeiter" in ihren Heimatländern gestellt sind. Mocambiquaner leben im Auffanglager in Maputo und kommen des Krieges wegen nicht in ihre Heimat, Arbeit gibt es für Zurückgekehrte fast nirgendwo, ihre soziale Stellung hat sich drastisch verändert.

Was können wir tun? Was sollten wir nicht unterlassen? Ich hoffe, daß die, die Freundschaften geknüpft haben, diese Brücken nicht abbrechen lassen und uns wie Frau Zeisig immer wieder erinnern. Wichtig ist es ebenfalls, Reintegrationsprogramme zu fordern und zu unterstützen, die den Betroffenen im eigenen Land helfen, wieder Möglichkeiten zur Arbeit zu geben. Mag es in einer verfehlten Wirtschaftspolitik begründet sein oder nicht - sie haben uns mit ihrem Einsatz hier geholfen und sollten von uns nicht vergessen werden. Aber noch etwas anderes steckt dahinter: warum müssen Menschen überhaupt ihre Heimat verlassen, um in anderen Ländern zu arbeiten - oder, noch drängender, Schutz vor Verfolgung und ein Minimum an Lebensbedingungen für sich und ihre Familien zu finden? Wir merken in Gesprächen, die Sorge um hier lebende Ausländer - seien es Arbeiter oder Flüchtlinge - und die entwicklungspolitischen Fragen sind zwei Seiten einer Medaille. Das Interesse für politische und wirtschaftliche Fragen um die Folgen von EG 92 besonders für alle unterentwickelt gehaltenen Länder, ist mindestens ebenso wichtig, wie die Sorge um alle sozialen, menschlichen, rechtlichen Belange für hier lebende Menschen aus den Ländern, von deren Unterentwicklung wir profitieren.

Ingrid Gröpler

Ein offener Brief an die Einwohner von Sallgast, Poley, Henriette!

Liebe Mitbewohner!

Sie haben inzwischen sicher gehört, daß Landsleute von weit her zu uns kommen werden - Wolgadeutsche.

Das habe ich ebenfalls gehört.

Und darüber hinaus, daß diese Tatsache auch Beunruhigungen hervorruft. Das hat mich betroffen gemacht.

Was wissen wir überhaupt von diesen Menschen?

Dazu aus dem Lexikon:

"Wolgadeutsche, deutsche bäuerliche Bevölkerung der früheren Wolgadeutschen Republik, im 2. Weltkrieg zwangsweise Umsiedlung nach Sibirien."

Es sind also Deutsche wie wir. Allerdings mit etwas anderen Traditionen, anderem Hintergrund, anderen Erlebnissen.

Das alles kann zu einer Bereicherung unseres Lebens werden, wenn wir es wollen.

Zuerst aber kommt es darauf an, offen und freundlich diesen Menschen zu begegnen von ihrer Geschichte zu hören, zu verstehen. Danach werden wir mehr wissen als Bücher uns sagen können. Es sieht manchmal so aus, als gäbe es Deutsche erster und zweiter Klasse. Dagegen wehren wir uns zurecht.

Bitte jetzt nicht andere zu Deutschen dritter Klasse machen. Ich bin sicher, unsere Menschlichkeit und Freundlichkeit reichen aus, um zu helfen diesen Menschen ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen.

Mit freundlichen Grüßen
Pfarrer Klaus Geese
Baltendeutscher Herkunft
Mutter in Estland geboren

Jesus sagt: Alles nun, was ihr wollt, daß auch die Leute tun sollen, das tut ihnen auch! Das ist das Gesetz der Propheten.
(Matthäus 7,11)

Kirchen als "öffentliche Stellen" im Sinne des § 76 Ausländergesetz?

Kirchen, kirchliche Stellen und Einrichtungen einschließlich ihrer Diakonie sind keine "öffentlichen Stellen" im Sinne des § 76 Ausländergesetz, auch wenn die Kirche selbst Körperschaft des öffentlichen Rechts (K. ö. R.) ist. Deshalb sind sie auch nicht zu Mitteilungen an die Ausländerbehörden verpflichtet.

1. § 76 spricht in Abs. 1 und 2 von "öffentlichen Stellen", die zu Mitteilungen an die Ausländerbehörden verpflichtet sind. Die Begründung der Bundesregierung (Bundestagsdrucksache 11/6321) verwendet als Synonym den Begriff "andere Behörden". Diese "anderen Behörden" üben öffentlich-rechtliche Verwaltungstätigkeit aus. Diese wird allgemein durch das Verwaltungsverfahrensgesetz des Bundes (bzw. der jeweiligen Länder) geregelt. Jedoch gilt dieses Gesetz ausdrücklich nicht für die Kirche, ihre Verbände und Einrichtungen (§ 2 Abs. 1). Denn diese sind nicht in die staatliche Verwaltung eingebunden, üben also auch nicht mittelbare Staatsgewalt aus. Dies ist Ausfluß der staatskirchenrechtlichen Verfassungslage.

2. Der Status als Körperschaft des öffentlichen Rechts (Art. 137 Abs. 5 WRV) bedeutet keine Eingliederung in den Staat (BVerfGE 19,133; st.Rspr.) und stellt die Eigenständigkeit der Kirchen (Art. 137 Abs. 1 WRV) nicht in Frage. Er bedeutet eben keine Gleichstellung mit anderen öffentlich-rechtlichen Körperschaften, die in den Staat organisch eingegliederte Verbände sind (BVerfGE 18,386 f; 30,428). Sie nehmen insofern eine Sonderstellung ein, als sie weder vom Staat geschaffen sind noch in ihrem eigenen Bereich staatliche Aufgaben wahrnehmen (BVerfGE 19,5). Vielmehr soll dieser Status die Eigenständigkeit und Unabhängigkeit der Kirche vom Staat sowie ihre originäre Kirchengewalt bekräftigen (BVerfGE 30,428).

Mit dem Körperschaftsstatus werden die betreffenden Kirchen also nicht dem öffentlichen Recht völlig eingeordnet. Sie leben nicht nach öffentlichem Recht, sondern nach Kirchenrecht. Sie unterliegen nicht der Staatsaufsicht. Auch üben sie grundsätzlich nicht (wie das für das öffentliche Recht charakteristisch ist) hoheitliche, potentiell mit Zwang ausgestattete, am säkularen Gemeinwohl orientierte Gewalt aus (A. v. Campenhausen, Staatskirchenrecht, 2. Aufl. 1983, S. 98).

3. Deshalb sind die Kirchen, ihre Verbände und Einrichtungen grundsätzlich nicht von - staatlichen - Gesetzen betroffen, die Ausübung staatlicher Gewalt und ihre Organisation zum Gegenstand haben. Um ein solches Gesetz handelt es sich aber bei § 76 AuslG.

W. Ph.

Asyl - Flüchtlinge - Was können Gemeinden tun?

Vom 26. 4. - 28. 4. 91 fand die Jahrestagung der ökumenischen Ausländerarbeit - diesmal in Leipzig - statt. Zusammengefunden haben sich viele engagierte "Profis" und Interessierte. Neben dem Thema Asylbewerber und was wir als Gemeinden und Kommunen angesichts der neuen Situation für Aufgaben haben, diskutierten wir am Abend mit Experten für Islamfragen über den Golfkrieg in seiner politischen Dimension. Längst nicht alles konnte erörtert werden. Wichtig aber waren Grundinformationen zu Strukturen, zum Thema Kirchenasyl und natürlich die zahlreichen Pausengespräche und neuen Kontakte. Offen bleiben noch viele Fragen, die den Rahmen der Tagung überschritten hätten, aber vorgemerkt sind für die nächste Tagung. Der ökumenische Leitungskreis (Dagmar Henke, Ingrid Gröpler, Dieter Braun und Klaus Pritzkeleit) hält sich für Nachfragen weiterhin für alle Interessierten bereit und ist dankbar für Themenwünsche für die nächste Tagung.

Dagmar Henke

Gedanken zu "Nicht ohne meine Tochter"

Leider hat das Buch von Betty Mahmoody eine große Popularität erreicht. Leider - denn diese hat das Buch und auch die Geschichte, die darin erzählt wird, nicht verdient. Das Buch, ich will es gerne zugeben, habe ich hintereinanderweg gelesen.

Obwohl die Story spannend zu lesen ist, bleibt es schlechte Literatur. Man wird ein unbehagliches Gefühl während des Lesens nicht los. Die einseitigen Schwarz-Weiß-Darstellungen von gut = Amerika, und schlecht = Iran. Gut bedeutet dann soviel wie: zivilisiert, hygienisch, kollegial, hilfsbereit, modern, aufgeschlossen, selbstbewußt, schlecht die dementsprechenden gegenteiligen

Eigenschaften: schmutzig, mittelalterlich, aggressiv, brutal, barbarisch, starrsinnig, hinterhältig und dgl. mehr.

Diese platte Darstellung der beiden Kulturen macht mißtrauisch während man liest. Sind Amerikaner, ist Amerika wirklich so cool - ist Iran, ist der Orient wirklich so hinterwäldlerisch? Ganz sicher nicht, denn die vielen anderen Informationen und Bilder, die man schon vorher über diese Länder und Kulturkreise hatte, widersprechen einer so einseitigen Darstellung ganz klar.

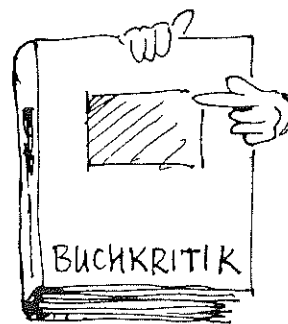
Sicher mag es das Erleben einer Frau, dieser Betty eben, sein. Das kann niemand bestreiten, daß sie das so erlebt haben mag. Was aber ist das eigentlich Gefährliche an dieser eine Biographie und an dem Datum des Erscheinens des Buches?

Zum ersten erinnere ich mich an den Spruch aus der sozialistischen Schulzeit, der Kunst als Waffe bezeichnet. Nun ist das Buch keine Kunst, wohl aber Waffe. Die Aktualität des Buches wurde in und um die Golfkrise placiert - lanciert sollte man besser sagen. Das am Boden liegende Image der Amerikaner und die Psychologie ihres Krieges gegen den Irak sollte damit poliert und vorbereitet werden. Amerika als Held, der Hilflose vor der Barbarei bewahrt oder rettet unter Einsatz des eigenen Lebens. Das war die Botschaft, mit der dieser Krieg begonnen wurde und die auch ganz intim und persönlich durch das Einzelschicksal von Betty und ihrer Tochter durchschaut und infiltriert wird und ganz bestimmt auch werden will. Soweit zum großen Zusammenhang.

Die Gefährlichkeit des Buches liegt aber auch darin, daß es Vorurteile, die in der Bevölkerung vorhanden sind, nicht nur nährt und bestätigt, sondern geradezu verallgemeinert und festschreibt: "also doch, ich habe das schon immer gewußt, die sind so". Korrekturen, die noch möglich wären, durch eigenes Erleben und Nachfragen, konkreten Kontakten, werden gar nicht mehr in Angriff genommen, denn man hat's ja schriftlich und nun auch noch verfilmt. Also nicht nur schwarz-weiß, nun auch in Farbe stimmt das Bild von der Welt.

Aber eben nur das Bild. Das Bild, das eine für meinen Geschmack sehr mit Vorurteilen und rassistischen Gedanken vorgeprägte Frau, von ihrer Erlebniswelt her vermittelt. Ich erlebe eine andere Welt, die vielschichtig und bunt ist und nicht nur aus einzelnen Bildern besteht, sondern ein vielfältiges Erleben und Geschehen mit unterschiedlichen Deutungsmöglichkeiten ist.

Pastorin Dagmar Henke



Zur Diskussion innerhalb der "Interkulturellen Pädagogik" an den Universitäten der "alten" Bundesländer

Mir wurde die Aufgabe gestellt (auf maximal zwei Seiten) den Diskussionsstand innerhalb der "Interkulturellen Pädagogik" darzustellen. Das ist schon deswegen ein vergeblicher Versuch, weil es in diesem Bereich, wie in anderen Bereichen der Lehre und Forschung in den alten Bundesländern, eine unübersichtliche, von Konkurrenz um Veröffentlichungsmöglichkeiten, um Forschungsgelder und Arbeitsplätze angetriebene, verschwenderische Vielfalt gibt.

Ja, man kann ohne Übertreibung sagen, daß besonders die Entwicklung der "Interkulturellen Pädagogik" in Westdeutschland mehr der inneruniversitären Konkurrenz als den Anforderungen der Praxis zu verdanken ist. Einen guten Überblick über die Entwicklung der Interkulturellen Pädagogik bietet Clemens Niekrawitz, *Interkulturelle Pädagogik im Überblick. Von der Sonderpädagogik für Ausländer zur interkulturellen Pädagogik für Alle. Ideengeschichtliche Entwicklung und aktueller Stand.* Verlag für Interkulturelle Kommunikation, Frankfurt/Main 1990.

Ich will deshalb nicht die Geschichte der "Ausländerpädagogik" der letzten 10 Jahre, sondern zwei zur Zeit bei uns diskutierte Probleme behandeln.

A. Zum Begriff des "Interkulturellen"

Über Akademie-Tagungen (z. B. Loccum/Bad Boll) wurde der Begriff der "kulturellen Identität" aus der Dritte-Welt-Diskussion wieder "heimgeholt". Wie die Entwicklungshilfe ethnisch angepaßt, zumindest kulturell verträglich sein müsse, so müsse auch in unserer Gesellschaft ein Recht zur kulturellen Gruppenbildung zur "kulturellen Identität" garantiert sein. Dieser Auffassung widersprach ein Kongreß in Bielefeld, zu dem im Westdeutschen Verlag nun der Tagungsband erschien (Dittrich, E./Radtke, F. O. Hrsg.: *Ethnizität. Die wissenschaftliche Konstruktion von Minderheiten*, Köln 1990). Der Kongreß kam zu dem Ergebnis, daß "ethnische Minderheiten keine natürlich Gegebenheit" (seien), "sondern sie werden sozial hervorgebracht." Verursacher von identischen Minderheiten, Gruppen (Zwangsgemeinschaften) seien neben der staatlichen Administration, den ökonomischen und politischen Interessen vor allem auch die Wissenschaften, die zu ihrer eigenen Rechtfertigung klassifizierbare Objekte konstruierten. Ergebnis sei das Gerede von der "multikulturellen Gesellschaft". Dieser Begriff suggeriere, daß Konflikte zwischen gesellschaftlichen Gruppen kulturelle oder gar ethnische Ursachen haben. Das Ethnische oder Kulturelle würde aber nur die Erscheinungen formen, hinter denen sich die eigentlichen Ursachen der Ausländerfeindlichkeit verstecken könnten: Diese Ursachen lägen z. B. in der Rechtsunsicherheit, Rechtsungleichheit von Ausländern und anderen Minderheiten; im Konkurrenzdruck, der Sieger, Unterlegene und Opportunisten erzeuge; in der Erziehung zur Unterwerfung unter unbefragte Autorität; in der sozialen und ökonomischen Ungleichheit. Die Gründe für aggressive Gruppenbildungen und Gruppenausschlüsse seien also vor allem gesellschaftliche. Die Auflösung der Probleme obliege zuerst der Politik: es ginge primär um die Schaffung und Durchsetzung subjektiver Lebensrechte und Lebensmöglichkeiten für alle.

Dieser Position widersprachen vor allem kirchliche Diskutanten und geisteswissenschaftliche Erziehungswissenschaftler. Sie verweisen auf die Macht geschichtlich überlieferter Stigmatisierungen, die bei einer bloß soziologischen Betrachtung vernachlässigt werden würden. Diese kulturell abhängigen Stigmatisierungen würden unsere Wahrnehmung (vorbewußt) prägen und hierarchisieren (z. B. weiße oder schwarze Hautfarbe, sesshafte oder nomadische Lebensweise, Mann oder Frau-Orientierung). Durch Bewußtwerdungsprozesse, durch das Erlernen offener Kommunikation, durch die Reflexion der eigenen Vorurteilsstrukturen könnten diese verinnerlichten und überlieferten Wahrnehmungsbarrieren abgebaut oder relativiert werden. Hier könne und müsse Erziehungs- und Lernprozeß-Forschung (also "interkulturelle Pädagogik") ansetzen.

Ich selber vertrete die Position, daß beide Richtungen zusammenfinden müssen. Eine bloß soziologische Sichtweise vernachlässigt die enge und tiefe Bindung an Überlieferungen und Personen über unsere frühkindliche Geschichte. Die ethnologische Konstruktion von (lebenslanger) Zwangsidentität vernachlässigt die personalen Lernmöglichkeiten, denen gesellschaftlichen Lernverhinderungen entgegenstehen. Lernbarrieren, die eben durch Rechtsungleichheit, Diskriminierung und Armut entstehen.

Wir in Oldenburg haben z. B. in einer Ausstellung zusammen mit einer Lerneinheit und einem Katalog eine Koordination von geschichtlicher, soziologischer und erziehungswissenschaftlicher Forschung versucht (Mergner/Häfner: *Der Afrikaner im deutschen Kinder- und Jugendbuch. Untersuchungen zur rassistischen Stereotypenbildung im deutschen Kinder- und Jugendbuch von der Aufklärung bis zum Nationalsozialismus.* Ergebnisse-Verlag Hamburg 1987). Wir haben darin nachweisen können, daß die diskriminierenden Stereotypenbildungen eine lange, gesellschaftsabhängige Geschichte haben, die über die kindliche Sozialisation übertragen und tradiert werden. Diese würden dann als individuelle

Wahrnehmungsmöglichkeiten die sozialen Konfliktfälle mitbestimmen.

B. Zum Problem der Ausländerfeindlichkeit in den neuen Bundesländern

Auch bei diesem Problembereich wird anscheinend durch die westlichen WissenschaftlerInnen schon der Markt für morgen entdeckt. Die Zahl der Aufsätze und Pilot-Studien zu dieser Frage wächst. Sie favorisieren als Erklärungsmodell für die östliche Ausländerfeindlichkeit vor allem den Zusammenhang zwischen autoritärer Gesellschaft, gesellschaftlicher Perspektivlosigkeit und Kompensations-Aggression. Vernachlässigt werden - meiner Meinung nach - das Fehlen von gesellschaftlich-geschichtlichen Bedingungen für solidarisches Miteinander und solidarische Lernprozesse. Diese kämen erst wieder in den Blick, wenn es möglich wäre, die Frage nach den möglichen solidarischen Gesellschaftsmodellen neu zu überlegen. Doch durch das Stigma der Mißerfolge der DDR-Geschichte, und durch das Stieren auf die Erfolge der westlichen Konkurrenz-Gesellschaften werden die Bedürfnisse nach Solidarität verdrängt oder diskriminiert. Erst im politischen Zusammenhang diskursiver Solidarität könnte erkannt werden, daß Ausländerfeindlichkeit nicht allein mit pädagogischen Mitteln wirksam anzugehen ist. Erst unter gesellschaftlichen, solidarischen Lebensbedingungen kann sich die "Interkulturelle Pädagogik" von ihrem ideologischen Charakter als "Verschleierungswissenschaft" befreien.

Aufenthaltstitel für Regierungsabkommens-ArbeitnehmerInnen aus der ehemaligen DDR, die vor dem 3. 10. 1990 in die damalige BRD gegangen sind

Die Situation der ausländischen MitbürgerInnen, die aufgrund eines Regierungsabkommens mit der damaligen DDR nach Deutschland gekommen sind und noch vor dem 3. Oktober 1990 in den alten Bundesländern einen Asylantrag gestellt haben, bestimmt sich derzeit wie folgt:

1. Dem obengenannten Personenkreis steht, soweit noch Aufenthaltszeiten aufgrund der Regierungsabkommen mit der ehemaligen DDR gegeben sind, ein Aufenthaltstitel nach dem neuen Ausländerrecht der Bundesrepublik Deutschland zu. Dies wird in der Regel die Aufenthaltsbewilligung sein. Insoweit ist eine Umschreibung des Aufenthaltstitels nach bisherigem DDR-Recht vonnöten, die bei jeder Ausländerbehörde in der Bundesrepublik Deutschland vorgenommen werden kann.

Sofern die von der ehemaligen DDR erteilten Aufenthaltstitel bei der Asylantragstellung von der entsprechenden Ausländerbehörde in Verwahrung genommen wurden, sind diese von der Behörde selbst umzuschreiben bzw. zur Umschreibung herauszugeben.

Insoweit besteht Einvernehmen mit dem Bundesminister des Innern und den Innenministern der Länder, daß die ehemaligen DDR-Aufenthaltstitel für in die alten Bundesländer übergewechselte Regierungsabkommens-ArbeitnehmerInnen "wiederaufleben".

2. Regierungsabkommens-ArbeitnehmerInnen, die sich noch im Rahmen eines Asylverfahrens in den alten Bundesländern aufhalten, sollten zweckmäßigerweise die entsprechende Titelumschreibung bei der für ihren jetzigen Aufenthaltsort zuständigen Ausländerbehörde vornehmen lassen. Diese Umschreibung ist grundsätzlich kostenlos vorzunehmen.

Der Wiedererhalt einer Aufenthaltsgenehmigung nach dem Ausländergesetz führt dazu, daß der jeweilige Ausländer nunmehr Freizügigkeit im gesamten Bundesgebiet genießt (vgl. § 19 Abs. 4 AsylVfG). Zwar findet gemäß § 22 Abs. 6 Satz 2 AsylVfG eine Zuweisung auch des Ausländers statt, der im Besitz einer Aufenthaltsgenehmigung ist. Diese Zuweisung ist jedoch in das bisherige Aufenthaltsland vorzunehmen und betrifft insoweit lediglich die "Anrechnung" des Ausländers auf die zwischen den Bundesländern vereinbarte Verteilungsquote.

3. Zur Wiedererlangung einer Aufenthaltsgenehmigung nach dem Ausländergesetz besteht für den obengenannten Personenkreis keine Notwendigkeit, den gestellten Asylantrag zurückzunehmen. Vor einer solchen nicht notwendigen Antragsrücknahme sollte der Asylbewerber möglichst fachkundigen Rat bei einer Beratungsstelle bzw. einem Rechtsanwalt einholen. Dabei wird zu klären sein, ob es nicht im Einzelfall sachdienlich ist, den gestellten Asylantrag auf die Feststellung des § 51 Abs. 1 des Ausländergesetzes zu beschränken.

Zu beachten ist in jedem Fall, daß nach erfolgter Antragsrücknahme ein Neuantrag nur unter den besonderen Voraussetzungen des § 14 AsylVfG als sogenannter Folgeantrag Behandlung findet.

Hier noch einige Hinweise zur Altfallregelung:

Das BMI trägt Altfallregelung mit für die

- bis zum 31. Dezember 1988 eingereisten Afghanen und Äthiopier und ihre bis zum 31. Dezember 1990 eingereisten Familienangehörigen und

- bis zum 31. Dezember 1985 eingereisten Iraner, Libanesen und Palästinenser aus dem Libanon sowie ihre später eingereisten Ehegatten und minderjährigen ledigen Kinder.

Im übrigen Ablehnung weiterer über das neue Ausländergesetz (§ 100) hinausgehender Altfallregelungen.

Noch nicht mit den Ländern auf Arbeitsebene erörtert, aber für den 13. - 15. Mai vorgesehen, ist die Überleitung des IMK-Ostblockbeschlusses auf das neue Recht, insbesondere die ausländerrechtliche Behandlung von Ausländern aus Polen, Rumänien und der UdSSR, deren Anerkennung als Deutsche abgelehnt wurde.

Miteinander statt Nebeneinander - eine Filmdokumentation

Eingedenk der Tatsache, daß wir unweigerlich einer multikulturellen Gesellschaft entgegengehen, die deutschen Konzepte des Schulunterrichts dem aber in keiner Hinsicht Rechnung tragen, ist der Schulversuch "Alphabetisierung in der Muttersprache" an einer Wiener Volksschule ein hoffnungsvolles Projekt. Seit dem Schuljahr 1989/90 gibt es in der Volksschule Kindermannasse 1, 1170 Wien eine zweisprachig geführte Elementarklasse nach dem Modell "Neue Grundschule" mit den Prinzipien:

- * offenes Lernen
- * freie Lernphasen, individuelles Arbeitstempo
- * individuelle Förderung
- * interkulturelles Lernen
- * gleichberechtigte Verwendung zweier Unterrichtssprachen.

"Der Schwerpunkt dieses Unterrichtsversuches liegt in der Alphabetisierung der türkischsprachigen Kinder in ihrer Muttersprache. Deutschsprachige Kinder und Kinder anderer Nationalitäten werden herkömmlich alphabetisiert. Der gesamte Unterricht läuft zweisprachig ab...

Somit ergibt sich ständig die Möglichkeit, im Unterricht interkulturell zu arbeiten. Insbesondere im Sachunterricht können kulturelle Unterschiede und Gemeinsamkeiten an konkreten Beispielen herausgearbeitet werden (z.B. Lehrausflüge auf den Markt, Feiern von Festen der christlichen wie der islamischen kulturellen Tradition im Klassenverband usw.)...Alle Arbeitsanweisungen erfolgen auf Deutsch und auf Türkisch. Die mündlichen Beiträge werden jeweils in die andere Sprache übersetzt. Die türkischen Kinder verwenden je nach Lust und Laune entweder Deutsch oder ihre Muttersprache. Dadurch ist gewährleistet, daß sich die türkischen Kinder von Anfang an in das Unterrichtsgeschehen voll einbringen können.

Dieses pädagogische Konzept hat bereits erkennbare Ergebnisse gebracht: Gegenseitige Akzeptanz, keine Apathie der türkischen Kinder aufgrund sprachlicher Mängel, steigendes Selbstbewußtsein der türkischen Kinder durch die dauernde Präsenz eines türkischkundigen Lehrers..." (Aus der Projektbeschreibung der Filmdokumentation - Drehbuch/Regie: Gero Fischer, Wien)

Der Film zeigt Unterrichts- und Tagesablauf der Kinder und beschreibt die Einbeziehung der Eltern und ihre eigenen Erfahrungen. Er stellt dar, wie der Alphabetisierungsprozeß abläuft d.h., wie sich die Schreib- und Lesefertigkeiten der Kinder entwickeln, welche Übungsmaterialien verwendet werden...u.s.w. Schließlich diskutiert er die neuen multikulturellen Erfahrungen, die die Kinder in dieser Klasse machen; gerade auch die Erfahrungen der deutschsprachigen Kinder mit einer ungewöhnlichen Fremdsprache, die sie täglich mithören und mitsprechen... bis hin zu der Frage des "Miteinander Umgehens" der Kinder im Unterricht und in ihrer Freizeit...

Bei einem kurzen Besuch in Wien war ich jedenfalls erstaunt, wie gut die Kinder Unterricht, Selbstbeschäftigung, Spiel, Sitzkreis, Freiarbeitsphase... unter einen Hut bekommen, bzw. mehrere nebeneinander geschieht. Ich hatte den Eindruck, daß die SchülerInnen im Unterricht mehr (er)-leben, als im herkömmlichen Frontalunterricht bei uns.

Der Film dauert 25 Minuten und ist als VIDEO im Büro der Ausländerseelsorge des Berliner Missionswerkes (Georgenkirchstraße 70, Tel.4383226) samt Manuskript auszuleihen.

Matthias Amme



Heimatlose Roma-Gruppen irren seit Jahren durch Westeuropa

Zur Situation der "anderen Zigeuner"

Die Roma, das sind, wie es in einem Informationsblatt heißt, "die anderen Zigeuner" neben den seit 600 Jahren in Westeuropa lebenden Sinti; die seit Jahrzehnten zuwandern (besser: hierher fliehenden) Roma kommen zumeist aus Jugoslawie und Rumänien, wo sie erheblich diskriminiert werden. Die Bemühungen der zu uns Geflohenen konzentrieren sich heute auf Zuerkennung eines Bleiberechtes, denn Asyl bzw. Duldung wird ihnen in aller Regel versagt. Es kam in der letzten Zeit zu mehreren spektakulären Aktionen, etwa einem "Bettelmarsch" in Nordrhein-Westfalen; dauerhaften Erfolg könnte den Roma, wie es heute scheint, am ehesten eine europäische Lösung bringen.

(aus: epd-Dokumentation)

Neu!

Die Cabana in Weimar trifft sich jeden Dienstag ab 16.00 Uhr bei Pfarrer Rittweger, Steindke 4

Dritte-Welt Partner e.V. in Bautzen

Die "DRITTE-WELT PARTNER e.V. in Bautzen bietet Interessenten Informationen über Hilfsmöglichkeiten für die "Dritte Welt". Außerdem findet man dort Waren aus Entwicklungsländern in einem "EINE WELT LADEN". Öffnungszeiten: Di., Mi. 15-18 Uhr; Do. 10-12 Uhr. Verein und Laden befinden sich in der Steinstr. 37, 0 - 8600 Bautzen.

eine-welt-laden in Halle

Seit dem März 1991 gibt es nun auch in Halle einen "eine-welt-laden". Er befindet sich in der Spiegelstr. 12 in O-4020 Halle und hat folgende Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 10.00 Uhr bis 18.00 Uhr.

S.U.S.I

...heißt "solidarisch, unabhängig, sozial und international". Zu den vielfältigen Aktivitäten von "S.U.S.I" gehören auch Deutschkurse für alleinerziehende ausländische Mütter, derzeit vor allem sowjetischen Jüdinnen, die vor kurzem aus der UdSSR nach Ostberlin gekommen sind. Diese Kurse sind kostenlos, außerdem können gleichzeitig die Kinder betreut werden.

Adresse: S.U.S.I, Mulackstr. 22, O-1054 Berlin. Geöffnet täglich von 11-17 Uhr, außer mittwochs.

Ausländerbeauftragte hat eine Außenstelle ihres Büros in Berlin

Die Beauftragte der Bundesregierung für die Integration der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen, Liselotte Funcke, wird das Büro in Berlin über den 28. Februar 1991 hinaus weiterführen.

Für die rund 120.000 in den fünf neuen Bundesländern gemeldeten Ausländer besteht damit weiterhin ein Ansprechpartner für rechtliche und soziale Fragen sowie ein Ratgeber bei Schwierigkeiten mit Behörden, Unternehmen oder politischen Gruppierungen. Außerdem erhalten hier Ausländerbeauftragte der Kommunen, Initiativgruppen, Kultureinrichtungen, Bildungsstätten und andere Einrichtungen und Einzelpersonen Informationen und Hinweise im Umgang mit dem neuen Ausländergesetz sowie den weiterhin gültigen Bestimmungen aus den Regierungsabkommen der Werkvertragsarbeiter mit Vietnam, Mocambique, Polen und anderen Ländern.

Das Büro der Ausländerbeauftragten befindet sich in der Außenstelle Berlin des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Klosterstraße 47, O- 1020 Berlin und ist über die Rufnummer 23930 von den neuen Bundesländern aus erreichbar.

VIA teilt mit:

VIA, der Verband der Initiativgruppen in der Ausländerarbeit e.V. gibt ein neues Magazin heraus, das bei der Bundesgeschäftsstelle Theaterstraße 10, W-53 Bonn 1 zu erhalten ist.

Deutscher Bundestag

Der Deutsche Bundestag verabschiedete auf gemeinsamen Antrag sämtlicher Fraktionen am 15. 6. 1989 eine EntschlieÙung, in der die Bundesrepublik aufgefordert wird, dafür Sorge zu tragen:

- daß allen chinesischen Bürgerinnen und Bürgern, die sich derzeit in der Bundesrepublik aufhalten, auf Wunsch die Aufenthaltserlaubnis verlängert wird;
- daß chinesischen Studenten, die in der Bundesrepublik Deutschland studieren und die aufgrund der Entwicklung in China in Schwierigkeiten geraten, auf Antrag eine Studienförderung angeboten wird und daß hierfür die notwendigen zusätzlichen Mittel bereitstehen;
- sich dafür einzusetzen, daß denjenigen chinesischen Bürgerinnen und Bürgern, die sich mit der "Bewegung für mehr Demokratie" solidarisiert haben, keine strafrechtliche Verfolgung oder sonstige negative Folgen drohen.

Der Bundestag hat diese EntschlieÙung in einem einstimmig angenommenen Antrag vom 22. 6. 1989 ausdrücklich bekräftigt.

(VEM-Mitarbeiter-Brief 4/91)

RAA - was ist das?

Die Regionale Arbeitsstelle für Ausländerfragen e.V. ist auf Initiative von Anetta Kahane, der damaligen Ausländerbeauftragten von Ostberlin mit Unterstützung des Magistrats, des Senats und der Freudenbergstiftung gegründet worden, dem bekannte Persönlichkeiten aus Politik, Kirche, Wissenschaft und Kultur angehören.

RAA möchte als Vermittlungsagentur wirken mit dem Ziel, die interkulturelle Erziehung und die Verständigung zwischen In- und Ausländern vor allem im Osten Berlins zu fördern. Mit dem Projekt, das pädagogische, kulturelle und soziale Bereiche miteinander verbindet, soll der Aufbau der Ausländerarbeit im Osten der Stadt vorangetrieben werden.

Zu Teilprojekten gehören u.a.:

Der schulorientierte Bereich: Anliegen der RAA ist es, in Verbindung von konzeptioneller und praktischer Arbeit im und außerhalb des Unterrichts zur interkulturellen Erziehung der inländischen Kinder und Jugendlichen beizutragen sowie ausländische Schüler zu fördern.

Unterstützung jüdischer Einwanderer: Vor dem Weltkrieg hatten in Berlin mehr als 260.000 Juden ihren Wohnsitz. Für die Entwicklung der Stadt hatte das große Bedeutung in Wissenschaft, Kultur und Wirtschaft wie auch im sozialen Bereich. Daß nach einer unvergleichlich grausamen Geschichte der Ausrottung des jüdischen Volkes durch Deutsche heute sowjetische Juden sehr bewußt wieder einen Lebensmittelpunkt in Deutschland suchen, muß als ein Zeichen der Versöhnung und des Neuanfangs im Verhältnis von Juden und Deutschen verstanden werden. Darum hat es sich die RAA zur Aufgabe gemacht, Beratung anzubieten und Integrationshilfen zu koordinieren.

Berater- und Initiativkreis Roma: Gemeinsam mit Roma- und Sinti-Organisationen und anderen Einrichtungen - wie z.B. Kirchen und Wohlfahrtsverbänden - hat die RAA einen Arbeitskreis gebildet, der neben vielen anderen Aufgaben das Ziel hat, Aktivitäten anzuregen und zu unterstützen, die auf den Abbau von rassistischen Vorurteilen und feindlichen Haltungen gegen Roma gerichtet sind.

Beratung ausländischer Gewerbetreibender: Erfahrungen zeigen, daß zugewanderte Gewerbetreibende besonderen Risiken ausgesetzt sind. Das resultiert u.a. aus ihren Bedingungen und Motiven, die zur Existenzgründung führen - ist doch ein Selbständigmachen oft die einzige Chance, einen Arbeitsplatz zu finden. Pleiten scheinen also vorprogrammiert. Ein erfahrenes Beraterteam steht der RAA zur Seite, um betriebswirtschaftliche Kenntnisse und gesetzliche Grundlagen zu vermitteln.

Adresse: Parochialstr. 1-3, O-1020 Berlin, Tel.: 242 3817



Namensänderung

Das Dritte-Welt-Zentrum in der Winsstraße in Berlin hat seinen Namen geändert. Bitte in Zukunft an BAOBAB-Infoladen EINE Welt e.V., Winsstr. 53, O-1055 Berlin, schreiben. Da BAOBAB nun seine Arbeit finanzieren muß, ist es für jede Spende dankbar: Postgiroamt Berlin BLZ: 100 100 10, Konto Nr.: 6564 88-109. Der Infoladen ist von Montag bis Freitag ab 10.00 Uhr geöffnet.

Das INKOTA-netzwerk lädt ein:

8. 10. November "INKOTA-Herbsttagung 91 in Hirschluch/Mark"

Aus Anlaß des 20. Gründungstages von INKOTA

Aus dem Programm: + Entwicklungszusammenarbeit von unten und Unter-

entwicklungshilfe von oben

+ Stärkung des Zusammenhanges von Ausländer- und Asyl-

arbeit und Zwei-DRittel-Weltarbeit

+ entwicklungspolitische Filme u.a. m.

Fahrtkosten und Teilnahmegebühren können bezuschußt werden.

Ausführliches Programm kann angefordert werden. Anmeldung an INKOTA-Berlin

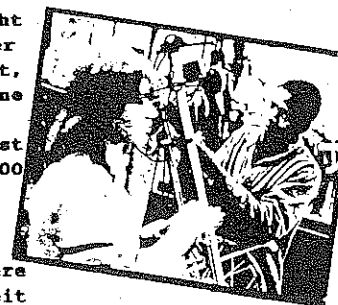


Das INKOTA-netzwerk informiert:

Ende Juni waren Vertreter von INKOTA beim Ausschuß für entwicklungspolitische Bildung und Publizistik (ABP) der Ev. Kirche in Deutschland um über die weitere Förderung der Basisaktivitäten zu beraten. Dabei spielte die praktisch nicht vorhandene Förderung von Asyl- und "Ausländer-Gruppen" eine wichtige Rolle. Weiter hin gibt es keine eindeutige Förderrichtlinie. Wir haben sehr stark gefordert, daß es besonders für diesen Bereich Unterstützung ermöglicht werden sollte. Eine Entscheidung wurde noch nicht getroffen. Wir raten denen, die Fördermittel benötigen, dies dem ABP anzuzeigen bzw. Anträge einzureichen. Das INKOTA-Büro ist gern zur Beratung bereit. Anschrift des ABP: ABP, Hausmannstrasse 16, W-7000 Stuttgart 1

Das INKOTA-netzwerk bittet, helft mit!

Wir sind, wie andere auch, immer stärker auf Spenden angewiesen. Besonders unsere Projekte in Vietnam und Mosambik könnten im Zusammenhang mit der Ausländerarbeit stärker in dem Blick genommen werden. Bitte fordert INFO-Material an. Anschrift: INKOTA, O-1017 Berlin, Georgenkirchstrasse 70, tel. 4383207
KONTO: 651320-101 BLZ 100 100 10 KONTO 155500010 BLZ 12063274



Bürgerinitiative Ausländische MitbürgerInnen

in Hohenschönhausen e.V.i.G.

Die Bürgerinitiative will mit ihrer Tätigkeit das friedliche, von Toleranz und gegenseitiger Bereicherung geprägte Zusammenleben von deutschen und ausländischen BürgerInnen in einer multikulturellen Stadt Berlin befördern und ausländischen BürgerInnen - gleich ob Aussiedler, Asylbewerber oder länger hier lebend - in ihrem Integrationsprozeß in unserer Gesellschaft und bei der Wahrung ihrer kulturellen Identität Unterstützung anbieten.

Unser Arbeitsprogramm ist sozio-kulturell ausgerichtet.

Die Arbeit wird in Projektgruppen organisiert:

- Beratungsstelle für ausländische BürgerInnen jeden Mittwoch von 18.00 - 22.00 Uhr in der "Arche". Die Beratung ist kostenlos und wird ehrenamtlich durchgeführt. Begleitung zu Behörden kann abgesprochen werden. In Rechtsfragen vermitteln wir einen Rechtsanwalt.
- Sprachunterricht Deutsch für Ausländer: Anfängerkurs Die. + Do. 17.00 - 19.30 Uhr in der "Arche". Weitere Kurse (Fortgeschrittene, Konversation) sind möglich.
- Kulturelle Veranstaltungsangebote im Rahmen der Veranstaltungen des Multikulturellen Zentrums "Die Arche" (Ausstellungen, Gespräche, Länderabende, Konzerte)
- Interessenkreis binationale, deutsche, ausländische Familien/ Familienberatung
- Dokumentation zur Situation ausländischer BürgerInnen in Hohenschönhausen.

Projektübergreifende Vorhaben:

- Woche der ausländische MitbürgerInnen 1991.

Wir suchen engagierte ehrenamtliche Mitstreiter und Partner für unsere Anschrift: Veranstaltungen!

c/o Multikulturelles Zentrum	
"Die Arche"	Bankhaus Löbecke
Schöneicher Str. 3/4	BLZ: 120 305 00
O - 1092 Berlin	Kto-Nr. 000 41 380 00
Tel. 376 54 72	



Angebot

Die Gesellschaft zur Förderung beruflicher Aus- und Weiterbildung mbH.i.G. veranstaltet eine Umschulungsmaßnahme zum Anlernen in den Baugewerken Maler, Maurer, Dachdecker, Fliesenleger. Arbeitssuchende bzw. Umschulungswillige mit oder ohne Facharbeiterabschluß bzw. Abschluß in anderen Fachgebieten können daran teilnehmen. Vermittelt werden bautechnische Grundlagen, Grundlagen des Ausbaus, Grundlagen der Baumaschinenkunde, Baustoffkunde und praktische Ausbildung in Bauunternehmen. Der Vollzeitkurs dauert 5 Monate.

Besonderheiten: Die gesamte Ausbildung beinhaltet ein intensives praktisches Training. Die Ausbildung ist auch für Umsiedler und anerkannte Asylanten konzipiert. In diesem Fall findet ein intensiver Deutschunterricht begleitend statt. Die Teilnehmer erhalten einen Ausbildungsnachweis.

Anbieter: Gesellschaft zur Förderung beruflicher Aus- und Weiterbildung mbH.i.G., Malchower Str. 23, O-1121 Berlin, Tel.: 47 00120 App.02 oder 47 271 57.

Bürgerbewegungsmagazin "BÜNDNIS 2000"

BÜNDNIS 2000 wird von den Bürgerrechtsorganisationen "Demokratie Jetzt" und "Initiative Frieden und Menschenrechte" herausgegeben, erscheint 14-tägig und versteht sich als offenes Diskussionsforum der in der ehemaligen DDR entstandenen Bürgerbewegungen. Das Magazin kann abonniert werden:

1 Jahres-Abo (26 Ausgaben) für 52 DM

½ Jahres-Abo (13 Ausgaben) für 27 DM

Anschrift: BÜNDNIS 2000, Haus der Demokratie, Raum 314, Friedrichstr.165, O-1080 Berlin.



EVAS ARCHE

Eine Möglichkeit für christliche Frauen verschiedenen Alters und verschiedener Konfessionen, sich zu Gesprächen, Begegnungen, Informationen und Auseinandersetzung, zur Entspannung und Selbstfindung zu treffen. Momentan noch Untermieter in den Räumen von "Brunnhilde" e.V. einem Frauenstadtteilprojekt in Mitte, in der Rheinsberger Str. 61, hofft man, sich bald in eigenen Räumen treffen zu können. Geöffnet Mo.+ Do. 18-22 Uhr.

Aktionsbündnis türkischer Selbsthilfe- und Betroffenenorganisationen

Das Bündnis, das sich während der Proteste gegen das neue Ausländergesetz gebildet hat, verfügt über ein breites politisches Spektrum, so daß von einer legitimen Vertretung der Berliner Türken ausgegangen werden kann. Über die Arbeit des Aktionsbündnisses gibt es eine Broschüre, die gegen eine Schutzgebühr von 10,-DM unter folgender Adresse zu beziehen ist:

Aktionsbündnis Türkischer Selbsthilfe- und Betroffenenorganisationen
 c/o Türkischer Elternverein in Berlin
 Oranienstr. 34
 W- 1000 Berlin 36
 Tel.: (WB) 6143299



MAGAZIN

Das neue VIA-Magazin vom Mai '91
 "Kurden"

- Es bringt Artikel über
- die geschichtliche Entwicklung Kurdistans
- kurdische Intellektuelle im Exil
- kurdische Asylbewerber in Deutschland
- die Autoren der Zeitschrift "Hawar" (bekannteste kurdische Zeitschrift)
- die Vorstellung einer kurdischen Sängerin
- eine Bibliographie.

Es kostet wie immer 4,- DM plus Versandkosten.

Bestellungen bei:
 VIA e.V.
 Bundesgeschäftsstelle
 Theaterstr. 10
 5300 Bonn 1
 Tel. 0228 - 65 55 53 Fax 69 75 55

» Die Waisen des Universums «



TERMINE

- *Im BAOBAB am Sonntag 29.Sept.1991: **"Auf der Suche nach gesellschaftlichen Alternativen für Südafrika"** Gespräch mit Gästen vom Institut für kontextuelle Theologie/Johannisburg
- *Zweite OST-WEST-Konsultation von Südafrika Gruppen v. 20.-22.September in Berlin, Greifswalder Str. 88, Wohnung 5/2, O-1055 THEMA: **"Auseinandersetzung mit Rassismus als Schwerpunkt der Anti-Apartheid-Arbeit"**
ANMELDUNG: üb.c/o Nini Kraatz, Roonstr.10, W1 Berlin 37 od.üb.BAOBAB
- ****Werkstatt Inland**-Delegiertentreffen von Gruppen und Kontaktstellen, die entwicklungsbezogene und ök.Bildungs- und Off.keitsarbeit betreiben: 27.-29.9. Anm. b.Chr.Neumann Pf 100340, W7022 Leinfelden-Echterdingen, Verpflegung + Unterkunft kostenlos, Bahnfahrt wird ersetzt (günstig, vorher INKOTA-Büro anzurufen 4383207)
- ****Fluchtersachen bekämpfen - Flüchtlinge schützen** **Veranstaltg.**zum Tag d.Flüchtlings, INFOS bei Barbara Faccani, Ev.Kirche Bin.Brandenburg, Karolinger Platz 6a, W-1000 Berlin 19 ...am 4.10.1991
- ****Das Ei des Kolumbus** - Lehrerinnen Fortbildung (Lateinamerika + Europa.) 10.-13.11.91 in Bielefeld, Tagungsbeitrag 20,-DM/Infos bei Oberstufen-Kolleg - Kolumbus-Tagung - PF 8640, W-4800 Bielefeld

Adressen von Organisationen und Einrichtungen

amnesty international
Heerstr. 178, W-5300 Bonn
Tel.: 0228/650981

Diakonisches Werk der EKD
Postf. 10 11 42, W-7000 Stuttgart 10
Tel.: 0711/ 2159-0

Deutsches Rotes Kreuz
Generalsekretariat
Friedrich-Ebenrt-Allee71, W-5300 Bonn 1
Gel.: 0228/5411

Verband der Initiativgruppen in der
Ausländerarbeit, Bundesgeschäftsstelle
Theaterstr. 10, W-5300 Bonn 1
Tel.: 0228/65 55 53

pro Asyl und
Ökumenischer Vorbereitungsausschuß
zur Woche der ausländ. Mitbürger
Neue Schlesingergasse 22-24
W-6000 Frankfurt 1
Tel.: 069/293160

UNHCR -Flüchtlingskommissar der UN
(Büro Deutschland)
Rheinallee 6, W-5300 Bonn
Tel.: 0228/36 40 11

Gesellschaft für bedrohte Völker e.V.
Postfach 2024, W-3400 Göttingen
Tel.: 0551/55822

Arbeiterwohlfahrt Bundesverband
Ollenahuerstr. 3, W-5300 Bonn 1
Tel.:0228/66850

Deutscher Caritasverband e.V.
Postfach 420, W-7800 Freiburg i. Br.
Tel.: 0761/2001

terre des hommes
Inlandsreferat
Postfach 4126, W-4500 Osnabrück
Tel.: 0541/71010

medico international
Hanauer Landstraße 147-149
W-6000 Frankfurt 1
Tel.: 069/490350

Zentrale Dokumentationsstelle
der Freien Wohlfahrtspflege (ZDWF)
Hans-Böckler-Str. 3, W-5300 Bonn 3
Tel.: 0228/462047

Internationale Organisation
für Aus- und Weiterwanderung "IOM"
Koblenzer Str. 99, W-5300 Bonn 2
Tel.: 0228/364051

ID-Asyl
Worringer Str. 70, W-4000 Düsseldorf 1
Tel.:0211/350261

Otto Benecke Stiftung e.V.
Dokumentationsstelle
Bonner Talweg 57, Postfach 190163
W-5300 Bonn 1
Tel.: 0228/109-0

Multikulturelle Feministische
Bildungsarbeit "Nozizwe"
Turmstr. 72/73, W-1000 Berlin 21
Tel.: (WB) 3927030-39

Koordinierungskreis Mosambik e.V.
Klasingstr. 17, W-4800 Bielefeld 1
Tel.: 0521/65943

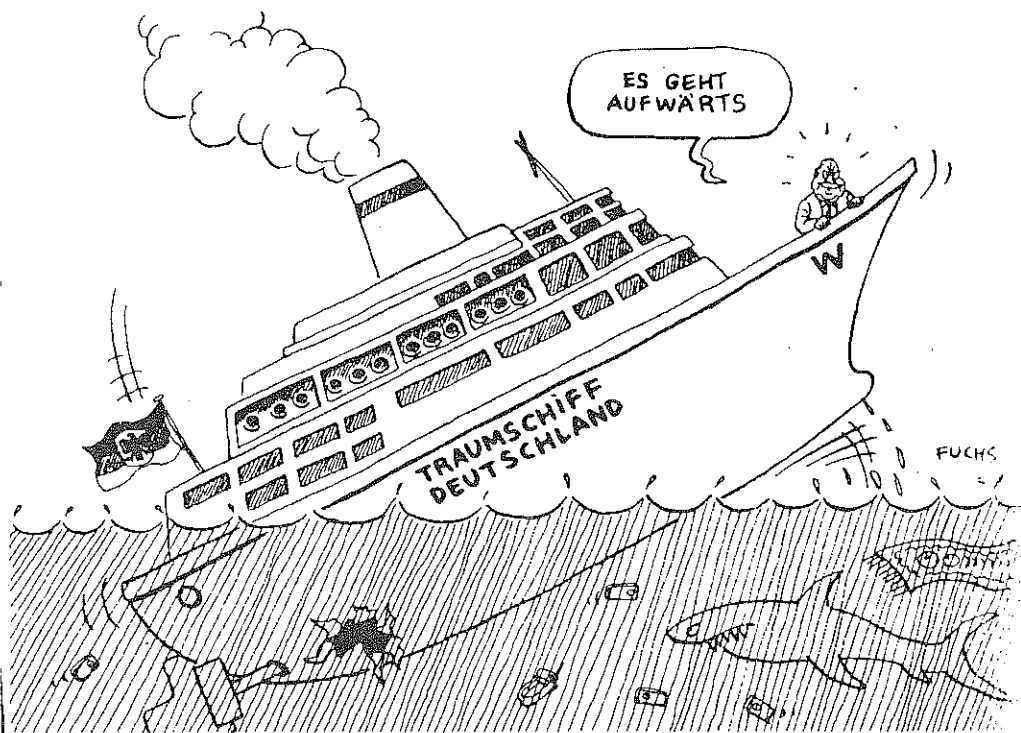
Arbeitsgemeinschaft Dritte Welt Läden e.V.
Elisabethenstraße 51, W-6100 Darmstadt
Tel.: 06151/21911

Büro des Arbeitskreises Flüchtlinge/Sachsen
W.-Kütz-Ring 19, O-8020 Dresden

INKOTA-Netzwerk e.V.
Information, KOordination, TAGungen
zu Problemen der Zweidrittelwelt
1017 BERLIN
Georgenkirchstr.70, Tel.:4383207

ZU GUTER LETZT
Multikulturelle Gesellschaft in Südhessen: Im türkischen
Gemüseladen hängt ein Plakat "Griechischer Folklore-
abend, mit Bauchtanz". Die Tänzerinnen sind übrigens
deutsche Hausfrauen.
(aus:Welt 13.3.91)

die tageszeitung ■ SAMSTAG, 17.8.91



Wider die »Festung Europa«

Kairos Europa – ein auf den ersten Blick unverständliches Wort aus der Theologensprache. Der aus dem Griechischen stammende, im Neuen Testament wiederholt auftretende Begriff Kairos bedeutet die »erfüllte Zeit«, die »Zeit der Entscheidung«, der Moment, an dem gehandelt werden muß.

Worum geht es bei der ökumenischen Kampagne Kairos Europa?

Das Jahr 1992 ist für die Christen in Europa in zweifacher Weise symbolträchtig. 1992, so formuliert die Kairos Europa-Kampagne »steht für 500 Jahre Kolonialismus, insbesondere in Lateinamerika (Kolumbus 1492). Es ist auch das Jahr der Vollendung des Europäischen Binnenmarktes, der zu einer neuen Machtkonzentration führen wird. Die Folgen dieser Entwicklung sind vorhersehbar: eine zunehmende Entsolidarisierung unserer Gesellschaften, eine wachsende Zahl von Menschen, die an den Rand gedrängt, oder in ihren kulturellen, sozialen und politischen Rechten übergangen werden, eine Verfestigung der von Europa geschaffenen neokolonialistischen Strukturen.« Mittlerweile haben sich rund 130 Gruppen, Netzwerke und Gemeinden in Westeuropa zum gemeinsamen Nachdenken über den »Kairos Europa« zusammengefunden.

Kristallisationspunkt soll eine gemeinsame internationale ökumenische Großveranstaltung in Straßburg im Frühjahr 1992 werden.

**Kontakt: Kairos Europa, Rainer Weitzel, Ökumenisches Büro
Berlin, Hittorfstr. 21, 1000 Berlin
33, Tel. 030/83 16 343.**

